Ausgabe 22 • September 2025

transparent

FAKTEN – ANALYSEN – MEINUNGEN

DpL Demokraten pro Liechtenstein

Demokraten pro Liechtenstein – erfolgreicher Start in die Legislatur

Die Fraktion der **Demokraten pro Liechtenstein (DpL)** ist erfolgreich in die neue Legislatur gestartet und hat bereits zu Beginn im Landtag deutliche Akzente setzen können.

Wir haben bislang **zwei Postulate** eingebracht – eines gegen die neuen WHO-Gesundheitsvorschriften (IGV) und eines für eine **handyfreie Schule.** Hinzu kamen **zwei Gesetzesinitiativen:** Die erste stellt sicher, dass neben der digitalen auch weiterhin eine analoge Kommunikation mit den Behörden möglich bleibt. Die zweite zielt darauf ab, die **Netznutzungskosten der LKW** zu senken und Quersubventionierungen aus den Gewinnen der Netze zu verhindern. Ergänzt wurde dieses Paket durch eine **Interpellation** zu den Kosten und zur Sinnhaftigkeit der Expansionsstrategie von Liechtenstein Wärme.

Darüber hinaus haben wir auch aktuelle Probleme aufgegriffen. Im Juni machten wir auf die Schwierigkeiten beim **Amt für Umwelt** aufmerksam. Im September brachten wir die **Missstände im öffentlichen Busverkehr** auf die Agenda. Die mehrstündige Debatte im Landtag zeigte eindrücklich, wie wichtig dieses Thema ist. Jetzt ist die Regierung gefordert, Verantwortung zu übernehmen und für Stabilität zu sorgen.

Wichtig ist uns zu betonen: Wir scheuen uns nicht, auch **unbequeme Fragen** anzusprechen – sei es beim **Schutzstatus S** oder in der **kritischen Auseinandersetzung mit den Klimazielen.** Nur mit einer offenen und sachlichen Diskussion kann Liechtenstein wachsam, kritisch und zugleich lösungsorientiert in die Zukunft gehen.

Im Zentrum unserer Arbeit steht dabei ein klares Ziel: **Die Bürgerinnen und Bürger müssen im Mittelpunkt der Politik stehen.** Dafür setzen wir uns mit Überzeugung und Entschlossenheit ein – heute und in Zukunft.

Foto: landesspital.li/architekturauftrag-fuer-den-neubau-des-landesspitals-vergeben/

Landesspital: Erneuter Stopp wirft alte Fragen auf

Text: Thomas Rehak

Das Neubauprojekt für das Landesspital kommt nicht zur Ruhe. Am 10. September 2025 verkündete die Regierung bereits den zweiten Projektstopp – offiziell, um «Optimierungen» vorzunehmen und den Kostenrahmen einzuhalten. Doch hinter dieser Entscheidung steckt mehr als nur technische Detailarbeit: Sie wirft erneut ein Schlaglicht auf jahrelange Fehlsteuerungen, widersprüchliche Versprechen und politische Verflechtungen.

EIN PROJEKT VOLLER VERSPRECHEN – UND STOPPS

Schon 2022 musste das Projekt wegen massiver Kostenüberschreitungen eingefroren werden. 2024 rang der Landtag in einer vierstündigen Debatte um einen **Ergänzungskredit von über acht Millionen Franken**, den das Volk anschliessend in einer Volksentscheidung bestätigte. Trotzdem steht man heute wieder am Punkt Null. Gesundheitsminister Emanuel Schädler (VU) setzt nun auf die Stabsstelle für staatliche Liegenschaften, um die offensichtlich unvollständigen Unterlagen erneut durchzuarbeiten.

Die Begründung klingt nach Verwaltungsroutine, doch die Realität ist ernüchternd: Nach Jahren der Planungen, Korrekturen und Versprechen ist das Vertrauen in das Spitalprojekt erneut schwer erschüttert.

BATLINER ZWISCHEN PARTEI UND SPITAL

Besonders heikel ist die Rolle von **Alexander Batliner**. Der FBP-Präsident sass seit Januar 2023 im Stiftungsrat des Landesspitals – jenem Gremium, das den Neubau als Bauherr begleitet. Gleichzeitig stellte seine Partei mit **Manuel Frick** bis Anfang 2025 den zuständigen Gesundheitsminister.

Offen bleibt, weshalb Ex-Regierungsrat Frick seinen Parteikollegen Batliner überhaupt in den Stiftungsrat berufen hatte. Erst im Juli 2025 – fast ein Jahr nach seiner Rückkehr als Parteipräsident – zog Batliner die Konsequenzen und erklärte die Doppelrolle für «nicht mehr vereinbar». Kritiker fragen zu Recht: Hat Batliner die Überschneidungen wirklich erst so spät erkannt – oder folgte der Rücktritt nur, weil das Projekt erneut in Schieflage geriet? Welche Rolle Batliner in dieser Phase tatsächlich spielte, bleibt unklar.

VERANTWORTUNG BLEIBT UNGEKLÄRT

Der zweite Projektstopp zeigt: Das Spital steckt nicht nur in baulichen und finanziellen Schwierigkeiten, sondern auch in einer **anhaltenden Führungskrise**. Bereits 2024 warnten Abgeordnete im Landtag, dass die tatsächlichen Kosten eher bei CHF 100 Millionen liegen dürften. Der damalige Minister Frick betonte hingegen, das Projekt sei solide kalkuliert. Heute wissen wir: Diese Aussagen hielten der Realität der wiederholten Unterbrüche nicht stand.

Dass Batliner als Parteipräsident mitten in dieser Gemengelage im Stiftungsrat sass, verstärkt den Eindruck von fehlender Distanz und mangelnder Kontrolle.

EIN PROJEKT OHNE KOMPASS

Offiziell versichert die Regierung, Qualität stehe über Geschwindigkeit. Doch die Bevölkerung hat längst den Eindruck, dass das Projekt keinen klaren Kompass mehr hat. Von der «Luxusversion» zum «funktionalen Bau» über mehrere Kreditnachträge bis hin zum zweiten Stopp: Das Landesspital ist Sinnbild dafür, wie Politik und Verantwortung ineinander verstrickt werden - und am Ende niemand wirklich haftet.

Der Rücktritt von Alexander Batliner wirft damit neue Fragen auf. Wer trägt die Verantwortung für die wiederholten Fehleinschätzungen? Warum wurden Risiken stets kleingeredet? Und wie soll die Bevölkerung Vertrauen in ein Spitalprojekt haben, das nun schon zweimal gestoppt wurde?

Wenn ein Spitalneubau nach Jahren der Planung zweimal gestoppt werden muss, ist nicht nur das Projekt ins Wanken geraten - sondern auch die politische Glaubwürdigkeit, die es getragen hat.

INHALT

4 DPL-GESETZESINITIATIVE FÜR NIEDRIGERE NETZPREISE UND MEHR TRANSPARENZ BEI DEN LKW

6 RECHT AUF EIN LEBEN OFFLINE

9 SCHUTZSTATUS S - ZWISCHEN SOLIDARITÄT UND VERANTWORTUNG

12 MENSCHENRECHTE ODER GESINNUNGSJUSTIZ?

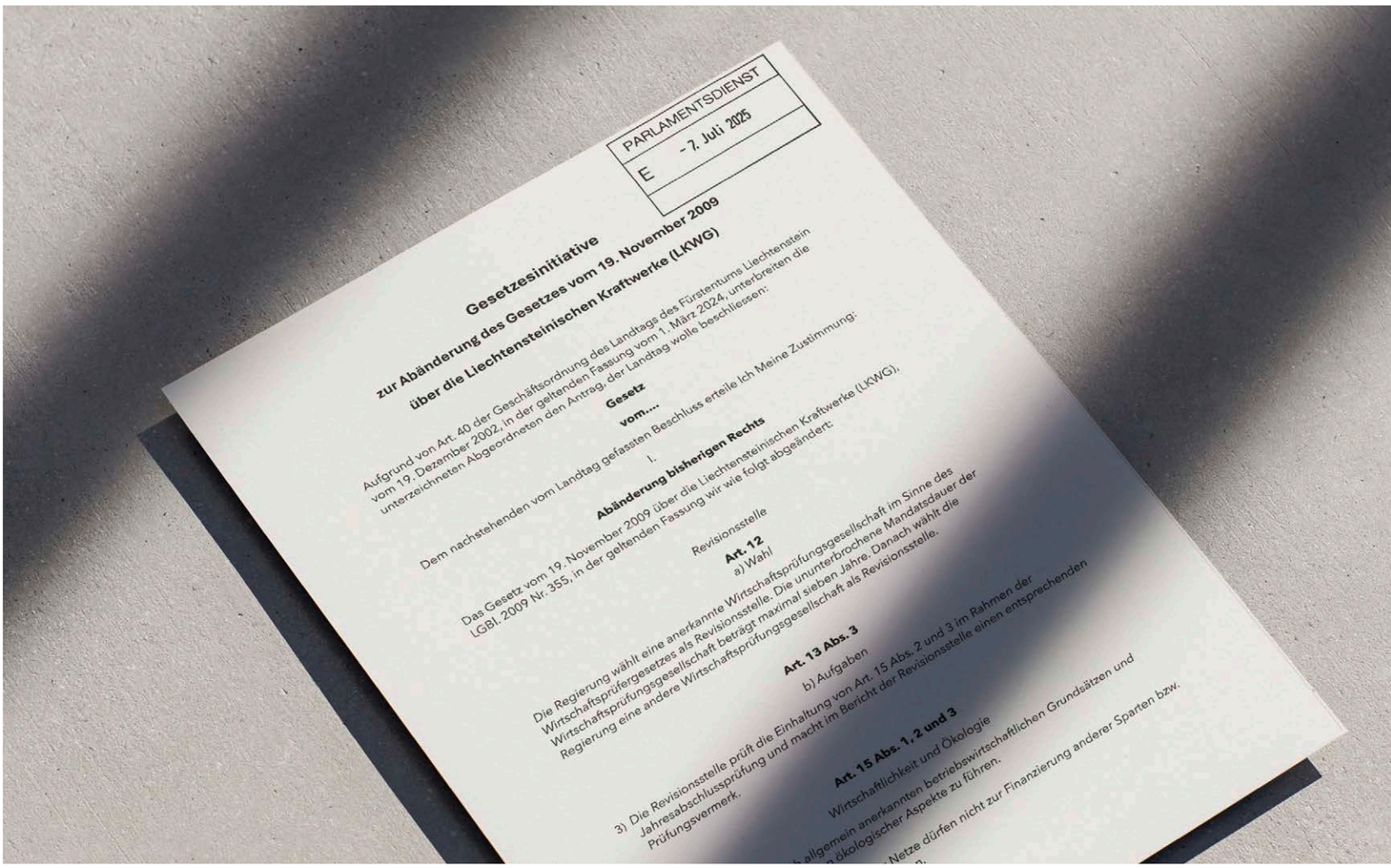
14 ENERGIE IST SYSTEMRELEVANT

16 NACHHALTIGE ENERGIE - EIN FRAGEKATALOG

18 KLIMASCHUTZ MIT AUGENMASS – NICHT MIT DER BRECHSTANGE

23 TEMPO 30 IN ESCHEN – SICHERHEIT JA, DEMOKRATIE AUCH

25 GESETZESÄNDERUNG ZUM JUGENDSCHUTZ – VERBOT ALLEIN REICHT NICHT



DpL-Gesetzesinitiative für niedrigere Netzpreise und mehr Transparenz bei den LKW

Am 7. Juli 2025 reichten die Abgeordneten der DpL eine parlamentarische Gesetzesinitiative mit dem Ziel ein, dass Gewinne, die der Staatsbetrieb Liechtensteinische Kraftwerke (LKW) mit dem Netz erwirtschaften, bei der Sparte Netze verbleiben müssen.

Text: Erich Hasler

Ein weiteres Ziel der Initiative ist es, mehr Transparenz zu schaffen.

1. Verbot von Quersubventionierungen

Gewinne aus dem Betrieb der Netze (Strom und Telekommunikation) dürfen nicht zur Finanzierung anderer Sparten bzw. Geschäftsfelder verwendet werden. Die Leistungsverrechnung zwischen den einzelnen Sparten soll nach dem Verursacherprinzip und nach allgemeingültigen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen.

2. Verwendung von Gewinnen aus den Netzen für tarifsenkende Massnahmen

Der Gewinnvortrag pro Netz (Stromnetz, Telekommunikationsnetz) soll auf maximal CHF 10 Millionen begrenzt werden. Übersteigt der Gewinnvortrag die Grenze von CHF 10 Millionen, sind die entsprechenden Netzentgelte angemessen zu senken.

3. Transparenz in der Rechnungslegung

Die LKW werden verpflichtet, für die Sparten Strom-Netze, Telekommunikations-Netze, Kraftwerke, Energiewirtschaft Inland und Energiewirtschaft Ausland eine spartenkonforme Finanzbuchhaltung zu führen. Die Ergebnisse sind jährlich im Geschäftsbericht offenzulegen.

4. Kontrolle der neuen gesetzlichen Bestimmungen durch die Revisionsstelle

Neu hat die Revisionsstelle die Aufgabe zu prüfen, ob die Leistungsverrechnung zwischen den einzelnen Sparten nach dem Verursacherprinzip erfolgt und die Gewinne aus dem Strom- und dem Telekommunikationsnetz bei den jeweiligen Netzen verbleiben.

Ausserdem soll die Mandatsdauer der Revisionsstelle maximal 7 Jahre betragen.

VERBOT VON QUERSUBVENTIONIERUNGEN IN DEN SPARTEN NETZE

Gemäss Elektrizitätsmarktgesetz EMG haben Elektrizitätsunternehmen zur Vermeidung von Diskriminierungen, Quersubventionen und Wettbewerbsverzerrungen in ihrer internen Buchführung bereits getrennte Konten für die Bereiche Übertragung und Verteilung in derselben Weise zu führen, wie sie dies tun müssten, wenn die betreffenden Tätigkeiten von separaten Unternehmen ausgeführt würden (Art. 24 Abs.2). Die vorgeschlagene Gesetzesänderung schreibt nun vor, dass Gewinne aus dem Betrieb der einzelnen Netze nicht zur Finanzierung anderer Sparten bzw. Geschäftsfelder verwendet werden dürfen. Die bisherige Praxis der LKW, in der Finanzbuchhaltung die Gewinne aus den verschiedenen Sparten auf ein gemeinsames Konto zu buchen und anschliessend für spartenfremde Zwecke zu verwenden, ist damit nicht mehr möglich.

GEWINNVERWENDUNG

In der Sparte «Netzprovider Strom» wurde gemäss Finanzbuchhaltung der LKW in den Jahren 2015 bis 2024 ein Gesamtgewinn von CHF 39'334'298 erzielt. Allerdings wurden diese Gewinne in der Vergangenheit für spartenfremde Aktivitäten, wie zum Beispiel Ausbau des Glasfasernetzes oder teilweise verlustreiche Investitionen in andere Firmen verwendet.

Die DpL-Initiative fordert nun, dass die mit den einzelnen Netzen erwirtschafteten Gewinne bei den jeweiligen Netzen verbleiben, damit eine hohe Qualität und Verfügbarkeit der Netze auch in Zukunft sichergestellt ist. Die seit dem Jahr 2018 erzielten Gewinne der Netze sollen als Gewinnvortrag den entsprechenden Netzen zugeordnet werden. Der Gewinnvortrag pro Netz (Strom, Telekommunikation) soll CHF 10 Millionen jedoch nicht überschreiten. Damit besteht genügend Handlungsspielraum, um auch unvorhergesehene, grössere Investitionen tätigen zu können.

Übersteigt der Gewinnvortrag CHF 10 Millionen, dann sollen die entsprechenden Netz- und Vorleistungsentgelte angemessen gesenkt werden.

KEINE GEFÄHRDUNG DER VERSORGUNGSSICHERHEIT

Es ist klar und nachvollziehbar, dass einige Damen und Herren mit der DpL-Initiative überhaupt keine Freude haben und bereits mit Angstargumenten gegen die Initiative Stimmung machen. So wird insbesondere das Schreckgespenst an die Wand gemalt, dass die Umsetzung der Initiative zu einer deutlichen «Schwächung» der Investitionsfähigkeit in die Netzinfrastruktur nach sich ziehen könnte.

Fakt ist jedoch, dass in der Sparte Stromnetz in keinem Vorjahr nur annähernd CHF 10 Millionen in den Ausbau des Stromnetzes investiert wurden. Auch ist Tatsache, dass das Stromnetz heute bereits sehr gut ausgebaut ist. So wurden in den letzten Jahren viele Trafostationen erneuert, sodass das Stromnetz auch die Inbetriebnahme weitere PV-Anlagen ohne Probleme meistern kann.

Recht auf ein Leben OFFLINE

In meiner Kleinen Anfrage im Septemberlandtag forderte ich eine Stellungnahme der Regierung zur Frage, ob Liechtenstein - wie der Kanton Genf - ein verfassungsmässig verankertes Recht auf digitale Integrität und damit ein Recht auf ein Leben OFFLINE schaffen sollte.

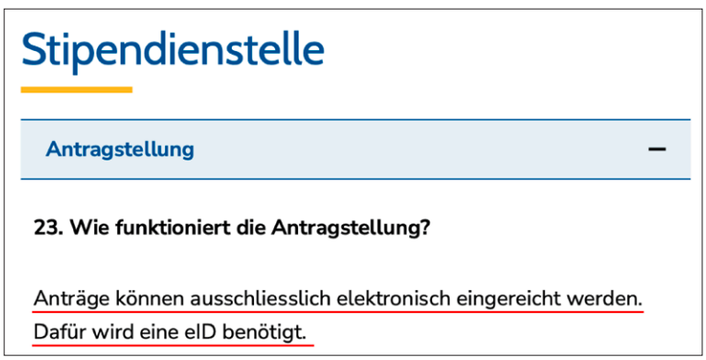
Text: Achim Vogt

In Genf wurde dies 2023 mit klarer Zustimmung umgesetzt, um sicherzustellen, dass Bürger auch künftig ohne App- oder Smartphone-Zwang einen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen haben.

Die Antwort unserer Regierung bleibt vage. Zwar wird betont, dass die bestehende Gesetzeslage bereits ausreichend Schutz biete. Laut Art. 6 E-GovG sei für «Privatpersonen, soweit sie nicht Unternehmen sind ein nicht-elektronischer Kommunikationskanal sicherzustellen.». Diese Formulierung im Gesetz ist zu wenig konkret.

Ein Blick in die Praxis zeigt das Beispiel der e-MwSt. Zur Einreichung der MwSt.-Abrechnung wird die eID benötigt. Ein Unternehmen gilt als juristische Person. Jedoch agieren die Mitarbeitenden für das jeweilige Unternehmen als natürliche Personen. Somit benötigen die jeweiligen Mitarbeitenden zur Ausübung von Tätigkeiten im Zuge ihres Berufsalltages die wohlbemerkt persönliche eID. Daher ist es eine Augenauswischerei, dass die eID-Pflicht nur für juristische Personen gelte. Es ist der Mensch, der arbeitet, nicht eine Organisation.

Bereiche in denen es heute für Privatpersonen **nicht mehr ohne eID** geht, wurden in der Antwort ausgespart. Selbst bei Themen, die direkt Privatpersonen beziehungsweise natürliche Personen tangieren, existieren Beispiele für einen «eID-Zwang». Wer beispielsweise ein Stipendium beantragen will, benötigt zwingend die eID. Das wird auf der Website der Landesverwaltung wie folgt kommuniziert:



Stipendienstelle

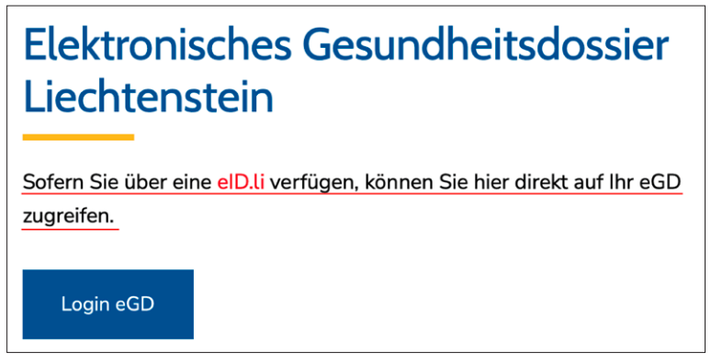
Antragstellung −

23. Wie funktioniert die Antragstellung?

Anträge können ausschliesslich elektronisch eingereicht werden.
Dafür wird eine eID benötigt.

Quelle Screenshot : https://www.llv.li/de/landesverwaltung/schulamt/organisation-schulamt/stipendienstelle, September 2025

In einem weiteren sehr persönlichen und wichtigen Bereich, der Gesundheit, ist auch die eID zwingend nötig. Wer sein Elektronisches Gesundheitsdossier (eGD) selbstständig nutzen möchte, benötigt die eID.



Elektronisches Gesundheitsdossier Liechtenstein

Sofern Sie über eine eID.li verfügen, können Sie hier direkt auf Ihr eGD zugreifen.

Login eGD

Quelle Screenshot: https://www.llv.li/de/gesundheitsdossier, September 2025

Wer keine eID hat, muss sich per Formular an das Amt für Gesundheit wenden. Es muss dem Amt mitgeteilt werden, dass beispielsweise der Befund des Psychiaters ausgeblendet werden soll. Ebenso muss das Amt um Hilfe gebeten werden, wenn Protokolldaten oder gespeicherte Gesundheitsdaten und genetische Daten abgefragt werden sollen. Selbst wenn die protokollierten Zugriffe kontrolliert werden möchten, ist die Hilfe des Amtes nötig. Dadurch werden Behördenmitarbeitende zu «Datenhoheitsgehilfen», denn die Datenhoheit liegt beim eGD bei der krankenversicherten Person. Weiters ist die Frage berechtigt, welchen Stellenwert das Arztgeheimnis in der heutigen Zeit überhaupt noch hat, wenn Verwaltungsmitarbeitende für die Ausübung der Datenhoheit in höchstpersönlichen Bereichen benötigt werden?

Dieses Beispiel zeigt, dass Altbewährtes - wie zum Beispiel das Arztgeheimnis - zum Opfer der Digitalisierung wird. Hinzu kommt, dass analoge Menschen diskriminiert werden. Zwei schwerwiegende Punkte, die nicht zum Opfer einer Ideologie werden dürfen.

Ein Recht auf ein Leben OFFLINE darf kein theoretisches Konzept bleiben. Es braucht verbindliche Regeln, die analoge Alternativen nicht nur versprechen, sondern auch benutzerfreundlich sicherstellen.

Omnibus-Gesetze und die Frage nach Transparenz im Landtag

Der Begriff «Omnibus» ist in der Politik kein Fremdwort mehr. Gemeint sind damit Sammelgesetze, die mehrere, oft nicht direkt zusammenhängende Regelungen in einem Paket bündeln. Was auf den ersten Blick nach Effizienz klingt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als zweischneidiges Schwert. Einerseits erlaubt es, verschiedene Anliegen in einem Verfahren abzuwickeln, andererseits droht die Transparenz für Parlament und Öffentlichkeit verloren zu gehen.

Text: Achim Vogt

Bereits in seiner Untersuchung zur Landtagsreform von 2012 hat Roger Beck im Buch «Liechtenstein Politische Schriften, Band 53 – Rechtliche Ausgestaltung, Arbeitsweise und Reformbedarf des Liechtensteinischen Landtags» auf strukturelle Schwächen unseres parlamentarischen Systems hingewiesen. Besonders die Abläufe bei der Gesetzgebung zeigen auf, dass der Landtag mitunter Mühe hat, den Überblick zu behalten. Wenn komplexe Materien in ein einziges Gesetzespaket (Omnibus) gepackt werden, entsteht ein Spannungsfeld: Die Abgeordneten müssen einem Gesamtpaket zustimmen oder es verwerfen – selbst dann, wenn sie einzelne Punkte davon unterstützen oder ablehnen würden. Enthaltung ist im Liechtensteiner Parlament bekanntlich nicht erlaubt.

Dieses Vorgehen mag pragmatisch erscheinen, ist aber demokratiepolitisch heikel. Denn der Landtag ist nicht bloss ein Knopfdruck-Gremium, bei welchem die anpassungsfähige Mehrheit den Weg vorgibt. Bürger dürfen erwarten, dass Gesetze transparent beraten, inhaltlich nachvollziehbar diskutiert und im besten Fall einzeln verabschiedet werden. «Sammelgesetze» untergraben dieses Prinzip, indem sie kontroverse Inhalte in einer Masse an Bestimmungen «mittransportieren». Hand aufs Herz: Wer hat noch den Überblick in der Flut an Gesetzen inklusive EU/EWR, die fortlaufend geändert werden?

Noch schwerer wiegt ein weiterer Aspekt, der zunehmend das demokratische Gleichgewicht gefährdet. Die Gewaltentrennung ist faktisch in Gefahr. Die problematische Verordnungskompetenz wird regelmässig mit dem Wortlaut «Näheres regelt die Regierung durch Verordnung» gewährt, diese wird sozusagen zum «Freipass» der Exekutive. Dadurch gibt der Landtag als gesetzgebendes Organ an Einfluss ab, während die Regierung immer mehr Detailregelungen an sich zieht. Beispiele wie die elektronische Mehrwertsteuerabrechnung (eMwSt.) oder das elektronische Gesundheitsdossier (eGD) zeigen, wie weitreichend solche Verordnungen in den Alltag eingreifen – ohne dabei den Landtag kontaktieren zu müssen. Diese Entwicklung verschiebt das Machtgefüge weg von der Volksvertretung.

Gerade in Liechtenstein wäre es möglich, andere Wege zu gehen. Kürzere, klarer strukturierte Gesetze, nachvollziehbare Verfahren und eine Stärkung der parlamentarischen Debatte. Dazu gehört auch, dass die Abgeordneten genügend Ressourcen erhalten, sich in komplexe Themen einzuarbeiten. Becks Analyse machte schon 2012 deutlich, dass Handlungsbedarf besteht – nicht nur organisatorisch, sondern auch im Selbstverständnis des Landtages.

Es geht um die Frage, wie transparent unsere Gesetzgebung wirklich ist und ob die Bürger darauf vertrauen können, dass ihre Interessen kongruent und offen behandelt werden. Ein moderner Landtag muss sich dieser Herausforderung stellen: **Weg vom «Omnibus», hin zur Gesetzgebung, welche die demokratische Verantwortung von Seiten der Volksvertretung ernst nimmt.**

Smartphone-freie Schule

Die DpL strebt mit Ihrem Postulat zu einer Smartphone-freie Schule die Entwicklung eines umfassenden Konzepts für alle Liechtensteiner Schulen bis zum Ende der Pflichtschule an.

Text: Marion Kindle-Kühnis

Die Auswirkungen, welche Smartphones auf uns, insbesondere auf unsere Kinder und Jugendliche haben, sind noch wenig erforscht. Dennoch zeigen sich bereits schwerwiegende Folgen: Die Aufmerksamkeitsspanne der Kinder und Jugendlichen verringert sich, Sprachstörungen treten auf, die motorischen Fähigkeiten lassen nach und psychische Probleme nehmen zu. Auch wenn diese Probleme nicht ausschliesslich auf das Smartphone zurückzuführen sind, sehen wir dennoch Handlungsbedarf.

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN FÜR PROBLEME, DIE WIR SELBST NICHT KENNEN

Unsere Jugend wächst heute mit dem Smartphone auf, was uns in der Politik vor eine neue Herausforderung stellt. Doch nur weil wir dieses Problem nicht selbst erlebt haben, dürfen wir uns nicht vor der Verantwortung drücken. Derzeit gibt es an einzelnen Schulen Regeln für den Smartphone-Gebrauch; manche handhaben es ähnlich, andere ganz anders.

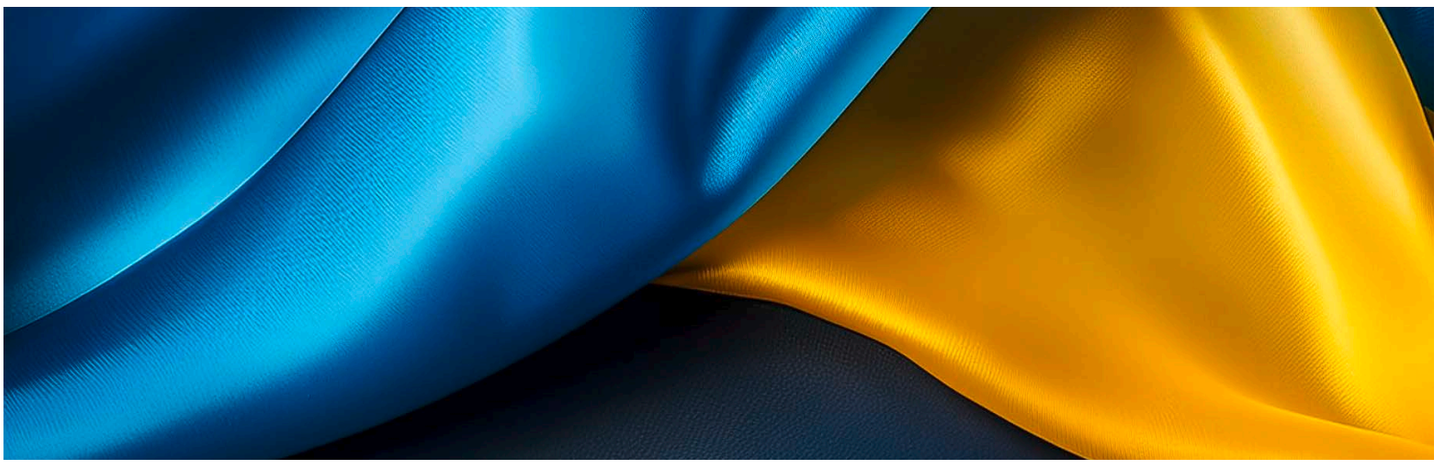
Für die DpL benötigt es ein Konzept für eine flächendeckende Smartphone-freie Schule, um Verbindlichkeiten zu schaffen. Nur durch eine flächendeckende Lösung kann die Durchsetzbarkeit und das Verständnis gewährleistet werden. Es müssen für alle, unabhängig vom Alter und der Schule, dieselben Regeln gelten. Dies macht es einfacher für die Lehrer, welche das Konzept umsetzen müssen und sorgt für Klarheit bei Schülern und Eltern. Schüler und Eltern müssen unabhängig von ihrem Standort wissen, was erlaubt ist und welche Konsequenzen bei Missachtung drohen.

SCHULE ALS SMARTPHONE-FREIE ZONE WIDERSPRICHT NICHT DER DIGITALISIERUNG

Digitalisierung ist ein Schlagwort, dem sich niemand entziehen kann. Sie ist wichtig, damit wir als Gesellschaft mithalten können und nicht von anderen Staaten abgehängt werden. Gerade deshalb muss schon in der Schule ein bewusster und richtiger Umgang mit digitalen Medien gelehrt werden. Dies fordert alle: Lehrer, Schüler und Eltern.

Das Postulat zielt nicht darauf ab, der Digitalisierung entgegenzuwirken oder sie zu verhindern. Es geht darum, dass in der Schule und auf dem Pausenhof der Gebrauch des privaten Smartphones nicht erlaubt sein soll. Dadurch erhalten unsere Kinder wieder die Möglichkeit, wertvolle Kompetenzen zu fördern, welche durch den Gebrauch des Smartphones in den Hintergrund treten, wie der Austausch und das Gespräch mit Freunden, das Spielen oder einfach nur die achtsame Wahrnehmung der Umgebung.

Unsere Kinder wachsen in einer herausfordernden Zeit auf, mit Problemen, die wir nicht hatten und auch nicht kennen. Helfen wir ihnen ihre Kindheit und Jugend so unbeschwert wie möglich zu verbringen, damit sie zu gesunden Erwachsenen heranwachsen können.



SCHUTZSTATUS S

Zwischen Solidarität und Verantwortung

Text: Simon Schächle

EIN KRIEG OHNE ENDE IN SICHT

Der Krieg in der Ukraine dauert nunmehr über drei Jahre – länger, als viele zu Beginn für möglich hielten. Millionen Menschen sind auf der Flucht, auch Liechtenstein hat seine Türen geöffnet. Seit 2022 haben 1'281 Menschen bei uns Schutz gesucht. 806 befinden sich derzeit im Land, 764 davon mit dem sogenannten Schutzstatus S. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegen wir damit über dem europäischen Durchschnitt.

Diese Zahlen sind Ausdruck von Solidarität, aber sie werfen auch eine nüchterne Frage auf: Können wir diese Verantwortung dauerhaft tragen – oder sind wir an den Grenzen unserer Möglichkeiten angekommen?

EUROPÄISCHE PARTNER REAGIEREN

Andere Länder haben längst reagiert. Norwegen unterscheidet inzwischen zwischen sicheren und unsicheren Regionen in der Ukraine – wer aus einem «sicheren Gebiet» kommt, fällt nicht mehr unter den kollektiven Schutz. Auch die Schweiz prüft, ob sie den Status S künftig restriktiver auslegen soll.

Liechtenstein kann diese Debatten nicht ignorieren. Wir müssen unsere Position bestimmen und zwar rechtzeitig, bevor uns die Realität überholt. Denn nichts wäre gefährlicher, als erst dann zu handeln, wenn die Probleme schon offen zutage treten. Politik muss vorausschauen, nicht hinterherlaufen.

MEHR ALS EINZELMASSNAHMEN

Es geht nicht darum, Solidarität in Frage zu stellen. Es geht darum, sie verlässlich und tragfähig zu gestalten. Einzelne organisatorische Verbesserungen reichen nicht mehr. Was wir brauchen, ist eine gesamtheitliche Strategie, die Politik, Bevölkerung und Schutzsuchenden Orientierung gibt.

Diese Strategie muss Antworten liefern:

- Wie entwickeln wir den Schutzstatus S weiter?
- Welche Perspektiven eröffnen wir den Menschen, die bei uns bleiben – und wie begegnen wir gleichzeitig den Sorgen der Bevölkerung?
- Wie gehen wir mit unseren begrenzten Kapazitäten um – insbesondere bei Unterkünften und in der Beschulung?

Eine solche Strategie ist kein Luxus, sondern ein Gebot der Vernunft. Sie schafft Verlässlichkeit, nimmt Unsicherheiten und macht Politik erklärbar. Gerade in schwierigen Zeiten brauchen Menschen das Gefühl, dass ihre Regierung die Lage im Griff hat – und nicht von Ereignissen getrieben wird.

EIN APPELL AN DIE VERANTWORTUNG

Für mich ist klar: Wer heute handelt, schafft Sicherheit für morgen. Wer sich scheut zu handeln, überlässt die Zukunft dem Zufall – und das können wir uns nicht leisten. Es ist an der Zeit, dass Liechtenstein eine klare Linie findet: menschlich, verantwortungsvoll, zukunftsfähig.

DIE SCHULLAGUNE TRIESEN:

Ein Ort der Unterstützung und Förderung

Die Schullagune Triesen ist ein Pilotprojekt, das als erweiterter Lern- und Rückzugsraum für Schülerinnen und Schüler der Primar- und Weiterführenden Schulen in Triesen dient. Sie wurde geschaffen, um vorübergehende Unterstützung zu bieten, präventiv zu wirken, in herausfordernden Situationen zu begleiten und individuelle Förderung zu ermöglichen.

Text: Oliver Indra

Das Projekt wurde vom Schulzentrum Triesen in Zusammenarbeit mit der Gemeindeschule Triesen entwickelt. Es basiert auf dem Ansatz, den Schulalltag um flexible und bedarfsgerechte Strukturen zu ergänzen, damit Kinder in belastenden oder besonderen Lebenslagen angemessen begleitet werden können. Die Schullagune richtet sich an Schülerinnen und Schüler, die beispielsweise nach einer längeren Abwesenheit eine schrittweise Wiedereingliederung benötigen, vorübergehend körperlich eingeschränkt sind oder sich in einer emotional herausfordernden Situation befinden.

Das bestehende System der Inklusion bringt dabei vielfältige Herausforderungen mit sich. Unterschiedliche Bedürfnisse und Voraussetzungen der Kinder erfordern flexible und individuell angepasste Angebote, um allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Die Schullagune stellt hierfür eine ergänzende Möglichkeit dar, um diesen Anforderungen besser zu begegnen.

Die Betreuung in der Schullagune übernehmen zwei erfahrene Lehrpersonen, die den Kindern in einem geschützten Rahmen Zeit, Aufmerksamkeit und pädagogische Unterstützung bieten. Die Räumlichkeiten umfassen unter anderem einen Lernraum, einen Aufenthalts- und Spielraum mit Terrasse sowie einen Kreativraum. Damit schafft die Schullagune eine Umgebung, die sowohl das individuelle Lernen als auch die persönliche Entwicklung fördert.

Es freut mich besonders, dass dieses Projekt realisiert wurde, da es mir ein Anliegen ist, das ich bereits während der Landtagswahlen angesprochen habe. Die Idee, Strukturen zu schaffen, die auf besondere Bedürfnisse im Schulalltag eingehen, war und ist mir wichtig. Die Schullagune ist ein konkretes Beispiel dafür, wie solche Überlegungen nun auch praktisch umgesetzt werden.

Besonders erwähnenswert ist, dass dieses Projekt im Rahmen der schulischen Eigenverantwortung entwickelt und umgesetzt wurde. Dadurch haben die beteiligten Schulen die Möglichkeit genutzt, eigene pädagogische Schwerpunkte zu setzen und eine Lösung zu realisieren, die auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt ist. Das zeigt, welches Potenzial in einer aktiven und gestaltenden Schulentwicklung liegt.

Die Schullagune versteht sich als ergänzendes Angebot innerhalb des schulischen Gesamtkonzepts und steht für ein praxisnahes, vorausschauendes Verständnis von Bildung – getragen von pädagogischem Engagement und lokalem Gestaltungswillen.

LIEMOBIL IN DER VERANTWORTUNG

Öffentlicher Verkehr braucht Vertrauen

Text: Simon Schächle

SIND VERBESSERUNGEN BEIM SUBUNTERNEHMER NOTWENDIG?

Der öffentliche Verkehr ist einer der grössten Aufträge unseres Landes – er verbindet Menschen, schafft Lebensqualität und muss deshalb höchsten Ansprüchen genügen. Die LIEmobil trägt hier die Hauptverantwortung. Gleichzeitig arbeiten Subunternehmer wie die BOS PS Anstalt im Auftrag von LIEmobil – und gerade dort zeigen sich aktuell Probleme, die uns alle betreffen.

SICHERHEIT HAT OBERSTE PRIORITÄT

Fotos und Berichte haben Missstände aufgezeigt, die so nicht vorkommen dürften – beispielsweise bei Reifen oder technischen Teilen. Positiv ist, dass auf unseren politischen Druck hin Reifen umgehend gewechselt und nichtfahrfähige Fahrzeuge stehen gelassen wurden. Auch die LIEmobil selbst hat bereits reagiert, indem sie gegenüber dem Subunternehmer klare Auflagen kommuniziert und sofortige Verbesserungen eingefordert hat. Das zeigt: Wenn man die Probleme benennt, kann rasch gehandelt werden. Entscheidend ist nun, dass diese konsequent und dauerhaft beibehalten und umgesetzt werden.

ARBEITSBEDINGUNGEN IM BLICK

Auch die Fahrerinnen und Fahrer des Subunternehmers stehen unter grossem Druck. Krankheitsausfälle und Überlastungen sind Signale, die ernst genommen werden müssen. Faire Arbeitsbedingungen sichern nicht nur die Gesundheit der Mitarbeitenden, sondern auch die Verlässlichkeit des Betriebs. LIEmobil ist gefordert, bei den Partnern genau hinzuschauen und nachhaltige Verbesserungen einzufordern.

VERTRÄGE BRAUCHEN QUALITÄT

Der Vertrag mit der BOS PS Anstalt hat sich in der Praxis als problematisch erwiesen. Was anfangs wie ein günstiges Angebot wirkte, birgt nun Risiken in puncto Qualität und Betriebssicherheit. Hier hat LIEmobil bereits reagiert und strengere Kontrollen sowie nachweisbare Korrekturen eingefordert. Für die Zukunft muss gelten: Verträge dürfen nicht nur auf dem Papier funktionieren sowie der reinen Wirtschaftlichkeit untergeordnet sein, sondern müssen sich auch im Alltag bewähren.

TRANSPARENZ UND KURSKORREKTUR

Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf verlässliche Informationen – gerade wenn es um Sicherheit, Steuergelder und die Zukunft des grössten Verkehrsauftrags unseres Landes geht. Transparenz ist die Grundlage für Vertrauen. LIEmobil muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

GEMEINSAM NACH VORNE SCHAUEN

Die aktuellen Schwierigkeiten zeigen: Es braucht eine klare Aufsicht, strenge technische Kontrollen und eine partnerschaftliche, aber konsequente Zusammenarbeit mit Subunternehmern. LIEmobil hat bereits entschlossen gehandelt, um die Situation zu verbessern. Sie steht weiter in der Verantworung, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Qualität und Sicherheit jederzeit gewährleistet sind. Wenn das gelingt, bleibt der öffentliche Verkehr das, was er sein soll: verlässlich, sicher und ein Gewinn an Lebensqualität für uns alle.

WENN EIN STAATLICH GEFÖRDERTER VEREIN ANDERSDENKENDE VOR GERICHT BRINGT

Menschenrechte oder Gesinnungsjustiz?

Der Verein für Menschenrechte Liechtenstein (VMR) erhält jährlich bis zu CHF 410'000 an Steuergeldern. Sein erklärtes Ziel: Menschenrechte schützen, Diskriminierung bekämpfen und Meinungsfreiheit verteidigen. Doch das Beispiel eines pensionierten Bürgers zeigt, wie gefährlich die Praxis dieses Vereins inzwischen ist.

Text: Martin Seger

Dieser Senior veröffentlichte ein satirisches Bild: Ein Skelett wischt sich symbolisch mit einer Regenbogenfahne den Hintern ab. Geschmacklos? Ja. Strafwürdig? Offenbar ja – zumindest in erster Instanz. Und ausgerechnet der VMR selbst war es, der den Mann wegen dieses Bildes aktiv anzeigte. Das Gericht folgte der Anzeige und verurteilte den Senior – ein alarmierender Fall von Gesinnungsjustiz mitten in unserem Rechtsstaat.

Einseitige Moral: Wenn Menschenrechte nur für «die Richtigen» gelten.

Während der VMR diesen Bürger vor Gericht brachte, zeigte er keinerlei Engagement, als eine Lehrerin und DpL-Kandidatin nach den Wahlen bei einem Besuch ihrer ehemaligen Schule wegen ihrer politischen Zugehörigkeit vom Gelände verwiesen wurde. Keine öffentliche Stellungnahme, keine Verteidigung ihrer Rechte – Schweigen.

Ebenso ignorierte der Verein die verbalen Angriffe der Jungen Liste, die offen zum «Kampf gegen die DpL» aufrief und den Landesfürsten Hans-Adam II. als «homophob» und «antisemitisch» diffamierte ohne jede Konsequenz seitens des VMR.

IDEOLOGISCHER AKTIVISMUS STATT NEUTRALER MENSCHENRECHTSARBEIT

Offenbar gilt für den Verein ein doppelter Massstab: Wer politisch passt, wird geschützt. Wer nicht ins ideologische Raster passt, wird kriminalisiert oder ignoriert. Das ist kein Menschenrechtsschutz, sondern die politische Instrumentalisierung von Steuergeldern auf Kosten der Grundrechte.

Ein staatlich subventionierter Menschenrechtsverein, der Andersdenkende verklagt und politische Gegner im Stich lässt, beschädigt die Demokratie und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in unabhängige Institutionen.

FORDERUNGEN

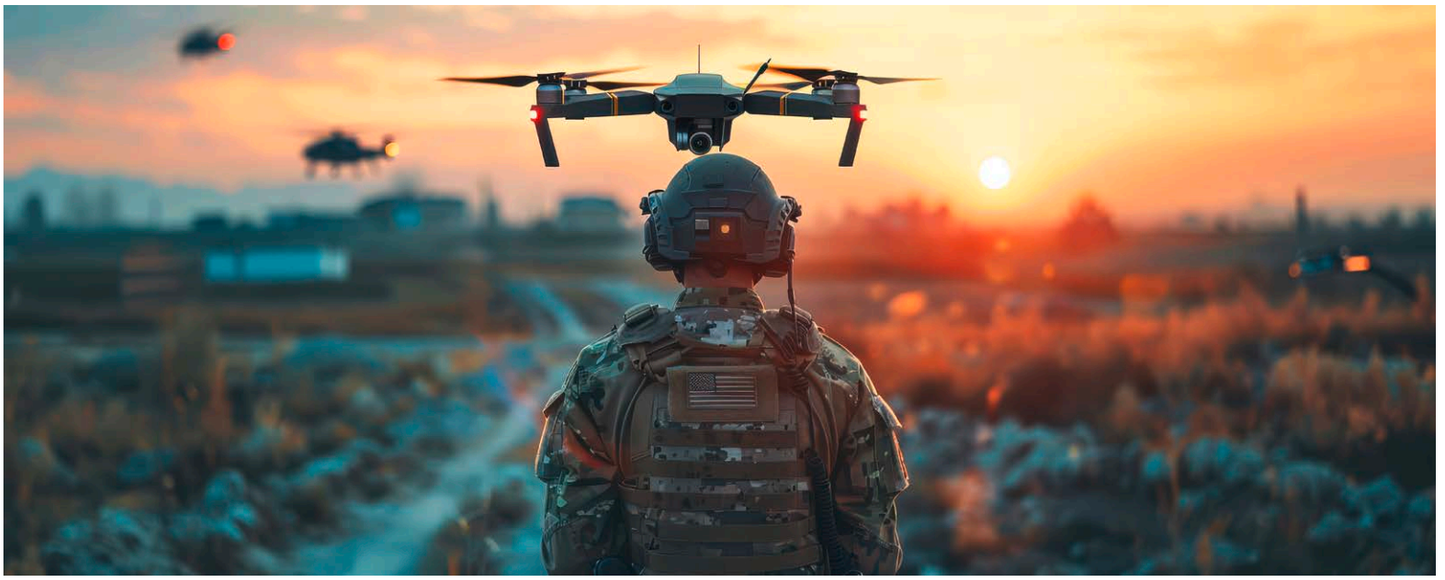
Transparenz bei der Mittelverwendung: Offenlegung, wie der Verein seine öffentlichen Gelder einsetzt und nach welchen Kriterien.

Unabhängige Kontrolle: Staatliche Aufsicht, um ideologische Einseitigkeit und politische Verfolgung durch geförderte Organisationen zu verhindern.

Schutz der Meinungsfreiheit für alle: Auch provokante Meinungen müssen geschützt werden – ohne Angst vor juristischen Repressalien.

FAZIT

Wenn ein Menschenrechtsverein mit Steuergeldern Andersdenkende vor Gericht bringt und bei echten Diskriminierungsfällen schweigt, hat er seinen Auftrag verraten. Die Meinungsfreiheit ist kein Privileg für Gefällige, sondern ein Grundrecht für alle. Die Politik muss jetzt handeln für eine echte, überparteiliche Menschenrechtsarbeit, die allen Bürgerinnen und Bürgern dient.



Frieden schaffen, ohne Waffen!

Zur Petition der Freien Liste zu Gaza: Warum Empörung nicht selektiv sein darf und weshalb Liechtenstein seine eigene Rolle kritisch hinterfragen muss.

Text: Martin Seger

In meiner Rede zur dieser Petition zum Nahostkonflikt habe ich versucht, eines deutlich zu machen: Krieg, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen lassen sich nicht isoliert betrachten. Die Forderung nach einer politischen Erklärung zur Lage in Gaza mag moralisch nachvollziehbar erscheinen, doch warum dieser eine Krieg? Warum dieser eine Antrag? Warum diese selektive Empörung?

Die Welt brennt an vielen Orten, mit nicht weniger Leid: Im Jemen sterben Hunderttausende in einem brutalen Stellvertreterkrieg. In Tigray in Äthiopien sind laut UN über 600'000 Menschen durch Hunger und Gewalt umgekommen. In der Ukraine herrscht seit Jahren Krieg, Millionen sind auf der Flucht. In Nigeria wurden allein im letzten Jahr mehr als 4'000 Christen ermordet, weil sie ihrem Glauben nicht abschwören wollten. Und was geschieht dazu in unserem Parlament? Nichts. Kein Aufschrei, kein Antrag. Wenn wir glaubwürdig für Frieden und Menschenrechte eintreten wollen, dürfen wir nicht nach Schlagzeilen selektieren, sondern müssen alle Opfer im Blick haben, unabhängig davon, ob sie in den politischen Zeitgeist passen.

Doch damit nicht genug: Auch wir in Liechtenstein müssen uns fragen, ob wir Teil des Problems sind. Denn in Eschen soll künftig Kriegsmaterial produziert werden. Keine fertigen Raketen, aber Bauteile und Präzisionsteile, die in militärischen Systemen landen mit liechtensteinischem Know-how, mit liechtensteinischem Kapital. Dazu gibt es keinen Antrag, keinen Protest, kein Innehalten. Dabei gilt: Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge und Tote ernten.

Besonders heuchlerisch finde ich die sogenannte Nachhaltigkeitspolitik: Im Juni haben FBP und VU die EU-Verordnung zu grünen Anleihen befürwortet. Doch nach dieser Taxonomie können selbst Investitionen in die Rüstungsindustrie als «nachhaltig» gelten. Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: Technologien, deren einziger Zweck es ist, Menschen zu töten, werden als «grün» und «zukunftsfähig» etikettiert. Das ist kein Fortschritt, das ist moralischer Bankrott.

Darum fordere ich Konsequenz statt Symbolpolitik:

- ein Verbot der Herstellung und Ausfuhr von Kriegsmaterial aus Liechtenstein,
- ein Verbot der finanziellen Spekulation mit Rüstungsgütern,
- und einen konsequenten Einsatz für alle Opfer von Krieg, Verfolgung und Terror nicht nur für Ausgewählte.

Als Kleinstaat sollte Liechtenstein eine neutrale Position einnehmen. Neutralität ist keine Schwäche, sondern eine Stärke. Aber nur, wenn wir sie auch wirklich leben. Frieden beginnt dort, wo wir bereit sind, bei uns selbst anzufangen. Deshalb sage ich klar: Stoppen wir die Heuchelei. Stoppen wir die Waffenproduktion. Stoppen wir die moralische Beliebigkeit.

Energie ist systemrelevant

Eine sichere und möglichst unterbrechungsfreie Stromversorgung ist für unser Land elementar. Im Jahr 2024 betrug die Eigenversorgungsquote für den gesamten Energiebedarf 16.3 %. Die Abhängigkeit vom Ausland ist sehr hoch und die Energiepreise und Liefermöglichkeiten sind nicht beeinflussbar.

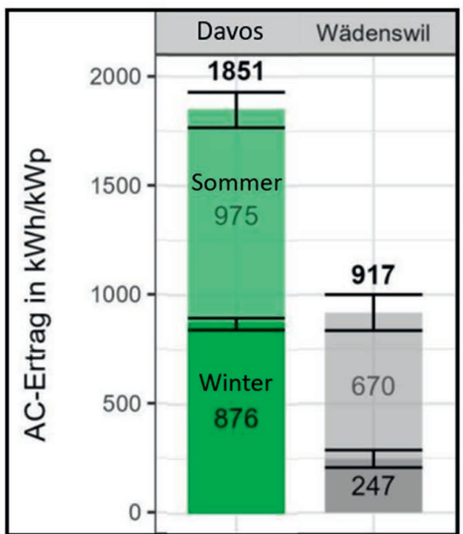
Text: Herbert Elkuch

PHOTOVOLTAIK (PV) IM TAL – TAG – NACHT – SCHLECHTWETTER

Mit den vom Staat subventionierten PV-Anlagen, hauptsächlich für die Sommerstromproduktion, wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht. Jedoch fehlt weitgehend der zweite Schritt, nämlich eine Kurzzeitspeicherung für die lichtarmen Stunden. Diese Kurzzeitspeicherung kann beispielsweise mit einem Batteriespeicher im Keller erfolgen. Es soll aber im Ermessen der PV-Anlagenbesitzer bleiben, ob sie tagsüber den Strom der LKW billig verkaufen und nach Sonnenuntergang zu einem erheblich höheren Preis wieder zurückkaufen möchten.

PHOTOVOLTAIK (PV) IN HÖHEREN LAGEN

Im Winter haben alpine PV-Anlagen ihre Stärke. Die Versuchsanlage in Davos produzierte allein im Winterhalbjahr gleichviel Strom wie die Vergleichsanlage in Wädenswil über das ganze Jahr[1]. Sie sind kein Schmuckstück, aber effizient. In der von der Regierung, vertreten durch Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni in Auftrag gegebene Potenzialanalyse steht: Für die Erstellung von Photovoltaikanlagen im alpinen Raum Liechtenstein ist eine geeignete Fläche von 12.9 km² vorhanden[2]. Die Grosshandelspreise für PV-Module sind stark gesunken. Eine vertiefte Prüfung von Freiflächenanlagen in höheren Lagen,



Im Vergleich zur Anlage in Wädenswil konnten auf der Totalp in Davos bis zu doppelte Jahreserträge und 3.5-fache Winterstromerträge gemessen werden.

Quelle: https://digitalcollection.zhaw.ch/server/api/core/bitstreams/cb70a44e-6cc6-43e5-b5dc-acc5413c5462/content

in landwirtschaftlich nicht nutzbaren Flächen sollte daher unbedingt weiterverfolgt werden.

NAH- UND FERNWÄRME

Die Nah- und Fernwärme ist dann sinnvoll, wenn überschüssige Wärme aus einem Prozess, wie derjenige bei der Müllverbrennung, vorhanden ist. Bei Nah- und Fernwärmenetzen geht ein Teil der eingespeisten Energie durch Wärme- und Pumpverluste verloren. Lange Warmwasserleitungen sind «Energiefresser». Eine effiziente Heizung (wie zum Beispiel eine Wärmepumpe) am Ort des Bedarfs hat weniger Leitungsverluste gegenüber Nahwärmenetzen mit Heizkraftwerken, die mit Erdgas befeuert werden.

WASSERKRAFT – UNSCHLAGBAR BEI UMWELTBELASTUNG UND CO_2-EMMISSION

Wasserkraftwerke sind einsame Spitzenreiter bezüglich Umweltbelastung und CO_2-Emmission. Sie sind regelbar und unabhängig von Wetterkapriolen. Die Schwungmassen der Generatoren stabilisieren zudem das Netz. PV-Anlagen können nur in ein intaktes Netz einspeisen. Bei Blackout, einem längeren Totalausfall des Stromnetzes sind Wasserkraftwerke für einen regionalen Netzaufbau unentbehrlich, damit die PV-Anlagen betriebsfähig sind. Laufwasserkraftwerke mit einem Einzugsgebiet unter 800 Meter Höhe sind auch im Winter gute Stromlieferanten. Statt einer Rheinaufweitung für eine Freizeitanlage sollte die dauernde Verfügbarkeit der Gratis-Kraft des Wassers im Rhein für eine existenzsichernde Energieversorgung genutzt werden: Entweder mit einem Kraftwerk im Rhein oder mit einer Ausleitung für eine Teilnutzung. Die LKW hat bereits Projekte für Samina

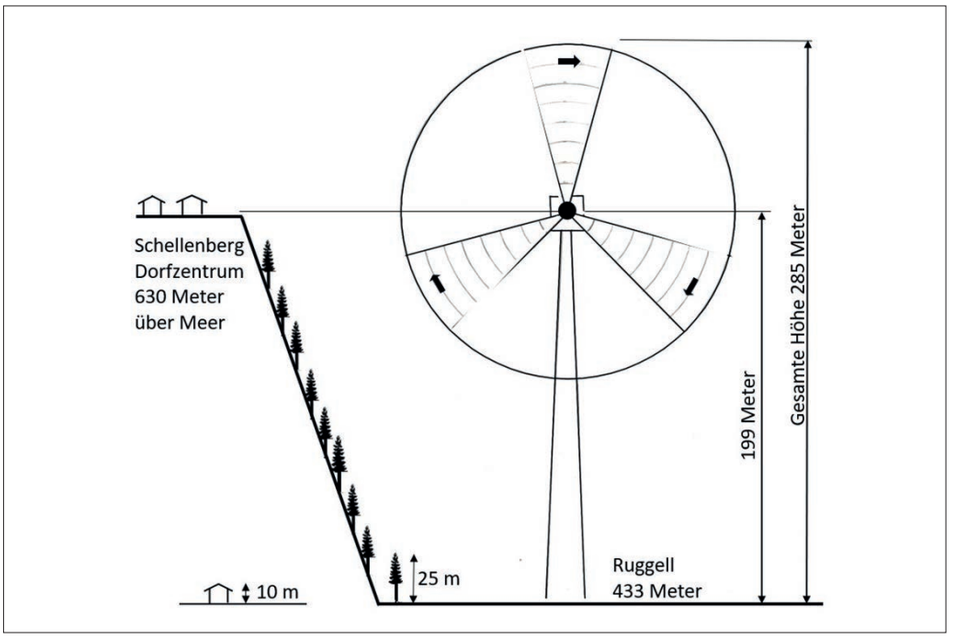
Technologie	Umweltbelastungspunkte (kWh)	CO_2-Ausstoss (Gramm/kWh)
Laufwasserkraftwerk	9.6	3.8
Speicherwasserkraftwerk	10.8	5.5
Wind	37.5	17.3
Sonne	67.6	41.7

1. https://idw-online.de/de/attachmentdata99519.pdf , 2. https://www.regierung.li/files/attachments/pv165-be-230124-bericht-pa-pv-alpin-fl-v2.pdf?t=638217247235482462

2 Badtobel und einem Ausleitungskraftwerk via Binnenkanal in der Schublade. (Hier noch ein kurzes Fazit, zum Beispiel: Diese bereits vorliegenden Projekte könnten geprüft, aktualisiert und auch in die Diskussion von CO_2-neutralen Emissionen eingebracht werden.)

WINDKRAFT

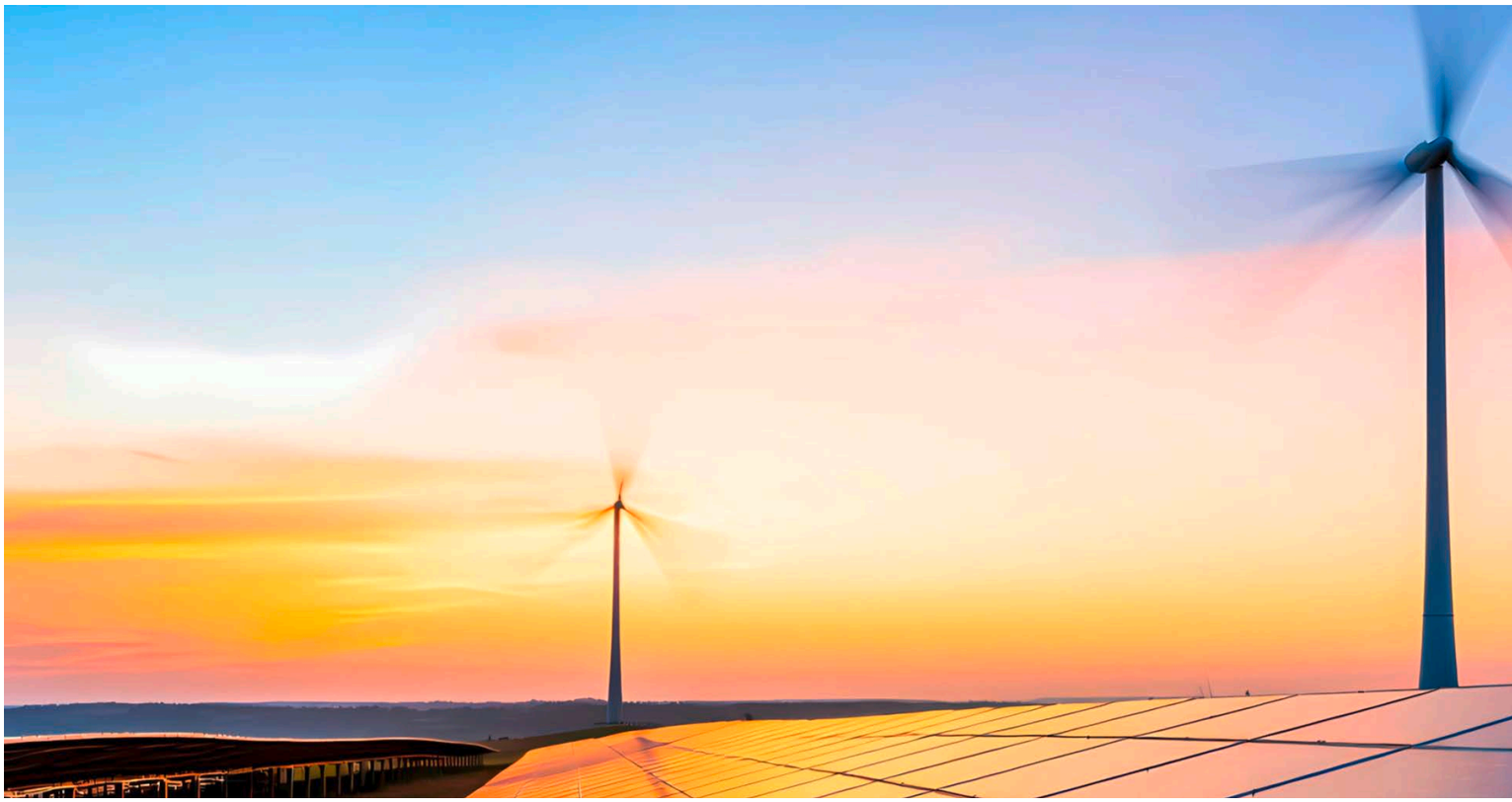
Derzeit werden Überlegungen für den Bau von Windkraftwerken angestellt. Zehn bis 15 Windmühlen Vestas 172 – 7.2 sollen gemäss der Regierung in der Talebene die einheimische Stromproduktion nahezu verdoppeln. Das sind gewaltige Maschinen mit einer Gesamthöhe von 285 Metern und einem Flügelrad von 172 Meter Durchmesser. Sie sollen bis 300 Meter nah an Wohnungen gebaut werden dürfen. Da könnte die Wertminderung der nahegelegenen Immobilien ein Thema werden. Für Wirtschaftlichkeit sind nebst genügend Windstärke auch die Abschaltzeiten ausschlaggebend. Zugvögel, Fledermäuse und Greifvögel können zeitweilige Abschaltungen erforderlich machen. Die Schlagschatten der drehenden Flügel auf besiedelte Gebiete können ebenfalls Abschaltungen zur Folge haben. Ein weiteres kritisches Kriterium ist der Lärm. Auf Höhe der Achse des Windrades wird je nach Modell ein Schallpegel von bis zu 110 dB(A) erzeugt, was etwa der Geräuschkulisse eines Rock-/Popkonzerts entspricht. Das Windrad hat bei einer Windgeschwindigkeit von 10 km/h eine Leistung von 27 bis 32 kW. Bei starkem Wind beträgt die Maximalleistung bei der schalloptimierten Anlage ca. 5'000 kW. Bei der KVA in Buchs kann man die Windgeschwindigkeit gut beobachten. Steigt der weisse Rauch senkrecht, ist kein Wind und damit auch keine Stromproduktion möglich.



LAUFWASSERKRAFTWERK IM BINNENKANAL IM VERGLEICH ZU WINDKRAFT

Ein Ausleitkraftwerk im Binnenkanal hat Tag und Nacht eine Leistung von etwa zwei Windmühlen mit Rädern von 172 Meter Durchmesser. Für eine Windmühle werden mehrere tausend Tonnen Beton verbraucht. Ein Ausleitkraftwerk benötigt lediglich im Bereich des Wasserrades etwas Beton. Das Maschinenhaus kann aus Holz gebaut werden. Wasserkraftwerke können über hundert Jahre alt werden. Windmühlen dagegen haben eine Lebensdauer von prognostizierten 25 Jahren. Die Wasserkraftwerke im idyllischen Naherholungsgebiet am Rheintaler Binnenkanal in Lienz, Blatten und Montlingen sind 1906 erbaut worden und produzieren seither verlässlich Strom. Das Laufwasserkraftwerk Illspitz, unterhalb Ruggell, nutzt Wasser aus der Ill und versorgt 7'600 Feldkircher Haushalte mit Strom. Durch die Klimaerwärmung wird zudem weniger Wasser in Schnee und Eis gebunden. Insgesamt steht heute und in Zukunft im Winterhalbjahr mehr Wasser für Laufwasserkraftwerke zur Verfügung.

Quelle: www.sak.ch/bilder/ueber-sak/wasserkraftwerke/kw-blatten/5210/image-thumb__5210__defaultImage/kraftwerk-blatten-titelbild@2x.91cea907.jpg



Nachhaltige Energie – Ein Fragekatalog

Liechtenstein steht vor einer entscheidenden Weichenstellung in der Energiepolitik. Der Wille, erneuerbare Energien fördern zu wollen, ist unbestritten. Doch die aktuelle Prüfung von Windkraftanlagen wirft bei mir eine Reihe von kritischen Fragen auf.

Text: Brigit Elkuch

Haben Sie sich diese auch schon gestellt?

WINDKRAFT: FLÄCHENVERBRAUCH VERSUS ENERGIEPOTENZIAL

Ist das Potenzial der Windkraft wirklich so gross, dass es den massiven Eingriff in unsere Landschaft rechtfertigt? Eine Windkraftanlage versiegelt dauerhaft 3'000 bis 5'000 Quadratmeter – fast so viel wie ein Fussballfeld. Mit Zufahrtswegen und Sicherheitszonen sind sogar bis zu 10'000 Quadratmeter betroffen. Geeignete Standorte sind hauptsächlich auf bestem Ackerland oder in Schutzgebieten mit der entsprechend sensiblen Tier- und Pflanzenwelt.

Angesichts der Tatsache, dass Liechtenstein zwischen 1984 und 2019 bereits über 11 % seiner Kulturfläche verloren hat und der Selbstversorgungsgrad bei der Ernährung nur 49 % beträgt, ist die Frage der Ernährungssicherheit genauso relevant wie die der Energieversorgung. Landwirtschaftliche Nutzfläche darf gemäss Gesetz nur bei überwiegendem öffentlichem Interesse umgewidmet werden und ein gleichwertiger Realersatz muss geschaffen werden. Doch wie, wenn Boden nicht vermehrbar ist?

WASSERKRAFT: EIN UNTERSCHÄTZTES POTENZIAL?

Warum suchen wir in den Lüften, wenn die Lösung vor unseren Füssen liegt? Die Wasserkraft hat in Liechtenstein Tradition und liefert im Gegensatz zu Wind und Sonne zuverlässig Strom – und das nicht nur, wenn es der Wettergott will. Der Landtag samt Regierung lehnte 2023 die Prüfung eines Laufwasserkraftwerkes mit Rheinwasser im Binnenkanal ab. Im Gegensatz dazu prüft der Kanton St. Gallen aktuell ein Rheinkraftwerk beim Ellhorn. Warum ignorieren wir das Potenzial der Wasserkraft? Bereits unsere Vorfahren setzten bei Sägewerken und Mühlen auf Wasserkraft, dies anstelle

von Windmühlen. Weshalb, kann sich jeder selber denken.

NICHTS GELERNT AUS DER PHOTOVOLTAIK?

Es ist noch nicht allzu lange her, als sich das Land auf eine mögliche Lösung unseres Energieproblems fixierte: Photovoltaik. Förderungen wurden und werden noch heute grosszügig ausbezahlt. Es sollte gar eine Pflicht ins Baugesetz integriert werden. Viele Bürger und Unternehmen folgten dem Ruf der Politik und investierten in Photovoltaik. Nun folgt die Retourkutsche: Negativpreise und erhöhte Netzgebühren. Der Grund? Die Spitzen der Stromproduktion fallen logischerweise im ganzen Land zeitgleich an, was das Netz überlastet, da es bisher keine geeigneten und ausreichenden Speichermöglichkeiten gibt.

DIE FALSCHE PRIORITÄT?

Droht uns nun das gleiche Spiel mit der Windkraft? Auch Windanlagen produzieren Strom nur unter bestimmten meteorologischen Bedingungen. Oft weht der Wind (Föhn oder Bise), wenn auch die Sonne scheint – genau dann, wenn die Solaranlagen und PV-Anlagen bereits einen Überschuss erzeugen. Ist es sinnvoll, dann noch zusätzlichen Strom zu produzieren?

Was geschieht, wenn weder Wind noch Sonne zur Verfügung stehen und eine sogenannte Dunkelflaute herrscht? Wir benötigen eine Infrastruktur, die zuverlässig und auf Knopfdruck 100 % Leistung liefert. Die Investition in wetterabhängige Anlagen erfordert immer auch eine wetterunabhängige Parallel-Infrastruktur. Ist es wirklich wirtschaftlich, doppelt zu investieren, statt sich auf eine zuverlässige, steuerbare Quelle zu konzentrieren?

EIN GANZHEITLICHES KONZEPT IST GEFRAGT

Alternativen sollten nicht vorschnell ausgeschlossen werden, vielmehr braucht es ein ganzheitliches Konzept. Sämtliche Möglichkeiten der verlässlichen Stromgewinnung, intelligente Importstrategien und Speichermöglichkeiten sollten einbezogen werden. Nur so kann eine nachhaltige und sichere Energieversorgung für die Zukunft Liechtensteins gewährleistet werden, ohne unsere Lebensgrundlage zu gefährden.

Klimaschutz mit Augenmass – nicht mit der Brechstange

Der Klimawandel ist real. Und ja, das Klima hat sich schon immer gewandelt. Der Staat reagiert mit Klimastrategien, Emissionszielen, Förderprogrammen. Doch bei aller «Dringlichkeit» darf eines nicht passieren: dass wir uns in Ideologie verrennen und die Realität aus den Augen verlieren.

Text: Martin Seger

Denn viele Massnahmen, die wir als Fortschritt feiern, sind bei genauerem Hinsehen weder klimafreundlich noch nachhaltig – sondern vor allem symbolisch.

Ein Beispiel: Photovoltaik-Anlagen und Elektroautos.

Auf dem Papier gelten sie als Eckpfeiler der CO_2-Reduktion. Doch wer die gesamte Produktionskette betrachtet, erkennt einen beunruhigenden Widerspruch: Die dafür benötigten Solarpanels und Akkus stammen zum grossen Teil aus China – produziert mit Energie aus hunderten neuer Kohlekraftwerke. Während wir hier unsere Emissionen senken, entstehen dort gewaltige Mengen CO_2. Die globale Klimabilanz verschlechtert sich, während wir uns lokal ein gutes Gewissen schaffen.

Das ist nicht Klimaschutz, sondern Klimascheinheiligkeit. Wir exportieren unsere Emissionen, aber kaufen uns grüne Etiketten zurück. Der tatsächliche Nutzen fürs Weltklima ist gering – der moralische Hochmut dafür umso grösser.

Noch absurder wird es, wenn man die wirtschaftlichen Folgen betrachtet.

Immer schärfere Auflagen, höhere Abgaben, starre Zielvorgaben: Damit strangulieren wir das lokale Gewerbe und die Industrie – also genau jene Unternehmen, die hierzulande unter strengen Umwelt- und Sozialstandards produzieren. Viele können oder wollen da nicht mehr mithalten und weichen ins Ausland aus. Dort gelten oft tiefere Standards, niedrigere Umweltauflagen und schlechtere Arbeitsbedingungen – mit dem Resultat, dass die Produktion insgesamt mehr CO_2 verursacht als vorher. Und wir? Wir stehen mit sauberen Händen da, haben aber das Gegenteil dessen erreicht, was wir eigentlich wollten.

Hinzu kommt ein besonders abstruser Umgang mit CO_2-Zertifikaten:

Liechtensteiner Staatsbetriebe kaufen sich für Hunderttausende Franken Zertifikate im Ausland um Emissionen «auszugleichen». Doch dieses Geld fliesst nicht hier ins Land, sondern in fremde Projekte, die oft wenig mit unseren realen Herausforderungen zu tun haben. Eine verpasste Chance.

Diese Gelder wären nach meiner Überzeugung im Inland deutlich besser aufgehoben: etwa zur Stärkung unserer Schutzwälder, die als natürliche Barrieren vor Murgängen, Lawinen und Hitzeextremen unverzichtbar sind. Oder in den Ausbau der Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom, um die Abhängigkeit von Importen zu verringern und unser Energiesystem resilienter zu machen.

Die Klimafrage ist keine isolierte Umweltfrage – sie ist eine soziale und wirtschaftliche Schicksalsfrage.

Wenn Unternehmen abwandern, gehen Arbeitsplätze verloren. Wenn Energiepreise durch falsche Lenkungsmechanismen explodieren, leiden die Haushalte mit geringem Einkommen zuerst. Wenn der Mittelstand zunehmend belastet wird, sinkt die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutz und Polarisierung nimmt zu. Klimapolitik, die soziale Realitäten ignoriert, gefährdet letztlich den sozialen Frieden.

Die entscheidende Frage lautet also: Was nützt dem Klima wirklich und was schadet nur uns selbst?

Es bringt nichts, wenn Liechtenstein zur CO_2-Insel wird, während der Rest der Welt in die entgegengesetzte Richtung marschiert. Es bringt nichts, sich politische Ziele zu setzen, die gut klingen, aber an der Realität vorbeigehen. Und es bringt ganz sicher nichts, unsere Wirtschaft zu opfern – nur um in Statistiken gut dazustehen, während global die Emissionen weiter steigen.

WAS WIR BRAUCHEN, IST EHRLICHKEIT. UND AUGENMASS.

Ja, wir sollen ressourcenschonend wirtschaften. Ja, wir sollen umweltbewusst handeln. Und ja, wir müssen uns auf den Klimawandel vorbereiten mit gezielter Anpassung:

- intakte Schutzwälder,
- eine stabile Wasserversorgung,
- klimafitte Infrastruktur und
- ein langfristiges Risikomanagement, das Naturgefahren mitdenkt.

Aber vor allem müssen wir begreifen: Nicht jedes CO_2-Ziel ist ein Fortschritt. Und nicht jede grüne Lösung ist automatisch sinnvoll.

Ein pragmatischer, technologieoffener und wirtschaftlich tragfähiger Weg ist nicht rückständig – er ist verantwortungsbewusst. Denn Klimapolitik, die nicht funktioniert, ist nicht mutig, sondern gefährlich.

Klima im Wandel – Doch wie sicher ist die Schuld des Menschen?

In der aktuellen Klimadebatte wird oft ein scharfer Ton angeschlagen. Es heisst, alles sei längst wissenschaftlich geklärt: Der Mensch sei mit hoher Sicherheit die Hauptursache für den globalen Temperaturanstieg seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Zweifel gelten vielen nicht mehr als legitime Beiträge, sondern werden als «Klimaleugnung» abgetan. Doch genau diese Haltung gefährdet eine offene und sachliche Diskussion – ein zentrales Element jeder demokratischen Gesellschaft.

Text: Oliver Indra

Auch kritische Stimmen verdienen Gehör, etwa die des Greenpeace-Mitgründers Dr. Patrick Moore. Er weist in mehreren Veröffentlichungen darauf hin, dass es keinen klassischen wissenschaftlichen Beweis für den menschlichen Haupteinfluss auf das Klima gibt – im Sinne überprüfbarer Experimente oder langfristiger Messreihen. Die vielzitierte Aussage des Weltklimarats (IPCC), es sei mit 95–100 % Wahrscheinlichkeit der Mensch verantwortlich, stützt sich auf komplexe Klimamodelle, die mit Annahmen arbeiten und entsprechend Unsicherheiten beinhalten. Ein Blick in die Erdgeschichte zeigt zudem: Selbst bei einem CO_2-Gehalt, der ein Vielfaches über dem heutigen lag – etwa vor 450 Millionen Jahren –, kam es zu Eiszeiten. Solche Zusammenhänge sollten nicht ignoriert, sondern diskutiert werden dürfen.

Nicht jeder Zweifel ist Desinformation. Fragen zur Wirksamkeit bestimmter Massnahmen, zu technischen Alternativen, zu sozialen Folgen oder zu den wirtschaftlichen Kosten von Klimaschutz sind legitim – und notwendig. Eine gesunde Demokratie lebt vom Streit der Ideen, auch und gerade bei einem so weitreichenden Thema wie der Klimapolitik.

Zudem wird der öffentliche Diskurs häufig moralisch aufgeladen. Anstatt mit konkreten Argumenten zu überzeugen, wird oft mit Schuldzuweisungen, Angst oder moralischem Druck gearbeitet. Das erzeugt zwar Aufmerksamkeit, verhindert aber eine konstruktive Auseinandersetzung.

Wissenschaft ist kein starres System mit endgültigen Wahrheiten, sondern ein dynamischer Prozess. Auch in der Klimaforschung gibt es offene Fragen und Unsicherheiten. Die grosse Mehrheit der Forschenden mag in vielen Punkten übereinstimmen – aber das entbindet uns nicht von der Pflicht, kritisch zu hinterfragen, zu differenzieren und weiterzudenken.

Wer eine breite gesellschaftliche Unterstützung für Klimapolitik erreichen will, muss den Diskurs offen und vielfältig gestalten. Dazu gehört auch, dass unbequeme Fragen zugelassen und ernst genommen werden. Mehr Offenheit, mehr Meinungsvielfalt – das stärkt nicht nur die Klimadebatte, sondern unsere Demokratie insgesamt.

Geoengineering und künstlicher Regen: Ein gefährliches Spiel mit dem Wetter

Das Klima auf der Erde hat sich schon immer verändert. Manche Länder setzen jetzt aber auf eine neue Technik: Geoengineering. Dabei geht es darum, das Klima mit technischen Mitteln gezielt zu beeinflussen. Eine besonders umstrittene Methode ist das sogenannte Solar Radiation Management (SRM). Dabei wird versucht, die Erde abzukühlen, indem weniger Sonnenlicht ankommt – zum Beispiel durch künstliche Wolken oder durch das Ausbringen von Teilchen in die Atmosphäre, ähnlich wie bei einem Vulkanausbruch.

Text: Oliver Indra

Die Idee klingt einfach: Helle Teilchen in der Luft sollen Sonnenstrahlen zurück ins All reflektieren. Doch das Klima ist ein sehr kompliziertes System. Schon kleine Eingriffe können grosse Folgen haben. Wenn sich zum Beispiel Regen verschiebt, kann es in einem Land Überschwemmungen geben und in einem anderen zu wenig Wasser. Auch Ernten und ganze Ökosysteme können dadurch zerstört werden. Trotzdem wird bereits getestet. In Großbritannien wurden Partikel mit Ballons in die Atmosphäre gebracht. In den USA gab es sogar heimliche Versuche ohne Genehmigung. In China wird an Wegen geforscht, um das Abschmelzen von Gletschern zu verlangsamen. Und in der Schweiz arbeitet man an neuen Stoffen wie Aluminium oder sogar Diamantenstaub. All das passiert ohne klare Regeln oder internationale Absprachen.

Ein weiteres Beispiel für das Eingreifen ins Wetter ist das sogenannte Cloud Seeding. Dabei wird Regen künstlich ausgelöst, zum Beispiel durch Flugzeuge oder Drohnen, die bestimmte Stoffe in Wolken sprühen. In den USA gibt es Programme in vielen Bundesstaaten. In Florida und Tennessee ist diese Technik jedoch verboten worden, weil die Folgen zu unklar sind. In Marokko wurde Cloud Seeding schon über 70 Mal im Jahr 2024 eingesetzt, um gegen die Trockenheit vorzugehen. In den Vereinigten Arabischen Emiraten gab es sogar hunderte solcher Einsätze – mit neuen Technologien wie künstlicher Intelligenz.

Auch wenn Cloud Seeding den Regen tatsächlich steigert, wirft es weitere Fragen auf: Wenn an einem Ort mehr Regen fällt, fehlt er möglicherweise anderswo. Zudem gibt es keine klaren Regeln, wer das Wetter verändern darf, oder wer die Verantwortung trägt, wenn etwas schiefgeht.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage: Finden ähnliche Experimente mit Geoengineering oder Cloud Seeding auch über Liechtenstein und der Schweiz statt? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen?

Quellen: The Guardian (2021/2023): Artikel zu Solar Radiation Management und Geoengineering-Experimenten
Umweltbundesamt (2023): Informationen zu Geoengineering-Technologien
Geoengineering Monitor (2022): Berichte über Experimente mit Sulfataerosolen
Dialogue Earth (2024): Forschungsberichte zu China und Geoengineering
ETH Zürich (2023): Veröffentlichungen zu neuen Aerosolstoffen
New York Post (2023): Verbote von Cloud Seeding in US-Bundesstaaten
US EPA (2023): Programme und Regulierung von Cloud Seeding in den USA
Morocco World News (2024): Berichte zu Cloud Seeding in Marokko
Khaleej Times (2024): Cloud Seeding-Einsätze in den Vereinigten Arabischen Emiraten
Business Standard (2023): Kritische Betrachtungen zu Cloud Seeding

Kann eine Quote die Gesellschaft ändern?

Text: Marion Kindle-Kühnis

Im letzten Landtag wurde über die Einführung einer zu übernehmenden EU Richtlinie debattiert, welche die Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Frauen und Männern beinhaltet. Es ging darum, wie eine ausgewogenere Vertretung der Geschlechter in Führungspositionen zu erreichen sei. Deshalb sollen verbindliche Zielvorgaben betreffend die Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts in den Verwaltungs-, Leistungs- und Aufsichtsorganen von im EWR börsenkotierten Aktiengesellschaften sowie die Grundzüge eines klaren und transparenten Auswahlverfahrens für Kandidatinnen und Kandidaten festgelegt werden. Um die Durchsetzung zu stärken, sollen Sanktionen bis zu CHF 10‘000 vorgesehen werden.

Obwohl diese neuen Vorschriften nur für EWR börsenkotierte Aktiengesellschaften gelten und zum jetzigen Zeitpunkt auf keine Gesellschaft in Liechtenstein Anwendung findet, bin ich der Meinung, dass diese Gesetzesanpassungen weitreichende Folgen haben können und daher tiefergehend betrachtet werden müssen.

NÄCHSTE GENERATION SOLL AUF IHR KÖNNEN VERTRAUEN

Was bedeuten diese Vorgaben für Frauen? Muss eine Quote eingeführt werden, damit das unterrepräsentierte Geschlecht auch berücksichtigt wird? Wie gesagt, es ist nicht immer leicht, sich als Frau mit Männern zu konkurrenzieren. Nicht weil sie per se besser sind als Männer, sondern weil ihr Netzwerk besser funktioniert. Aber am Ende des Tages will keine Frau, die gleichwertig behandelt werden will, eine Quotenfrau sein. Oftmals haben wir Frauen schon ohne Quote das Gefühl, dass wir mehr leisten müssen, besser sein müssen, mehr arbeiten müssen, um gleichwertig behandelt zu werden. Wenn man dann aber noch den Stempel der Quote aufgedrückt bekommt, dann wird man diesen nie mehr los. Auch wenn man sich noch so anstrengt und noch so gute Leistungen abliefert, der Stempel bleibt. Was geben wir sonst der nächsten Generation von Mädchen und jungen Frauen mit? Meine und auch die kommenden Generationen profitieren heute von dem Einsatz von Frauen, die an uns geglaubt haben und eine Gesellschaft angestrebt haben, in der Frauen und Männer ungeachtet ihres Geschlechts nach ihrer Kompetenz Ziele erreichen können. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass auch Frauen eine gute Schulbildung erhalten, dass Frauen wählen dürfen, dass Frauen heute die Wahl haben, das zu tun, was sie für sich als wichtig und richtig erachten. Ich bedanke mich bei all diesen Frauen, die diesen oft steinigen Weg für uns gegangen sind.

KOMPETZ-QUOTE ANSTELLE VON FRAUEN-QUOTE

Ich glaube aber nicht, dass diese Frauen je wollten, dass eine Quote eingeführt wird, und wir uns auf dieser ausruhen. Kann etwas, was durch Zwang und Sanktionen durchgesetzt wird, auf breite Akzeptanz stossen und ein Umdenken fördern? Ich wäre lieber für eine Kompetenz-Quote. Bei einer Kompetenz-Quote sollte das Geschlecht keine Rolle spielen, sondern das Können und die Qualität. Dies würde wirklich der Gesellschaft dienen.

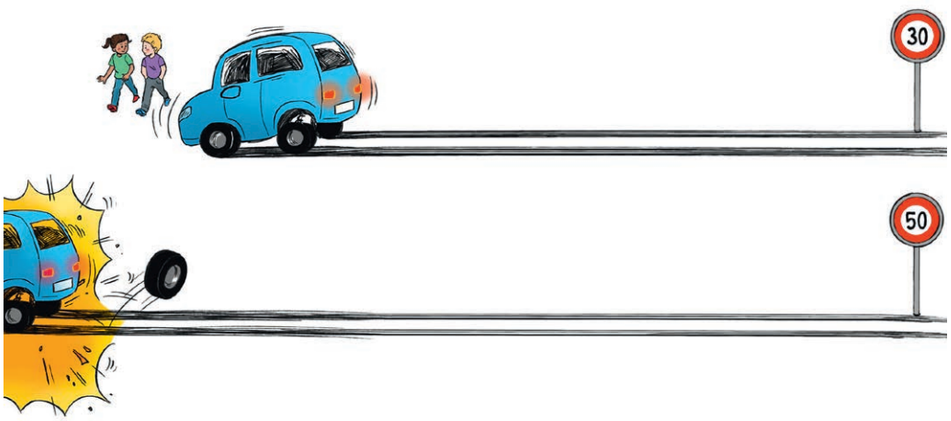
Meiner Meinung nach sind wir schon einen weiten Weg gegangen, und wenn ich in den Landtag und auf die Regierung blicke mit einer Regierungschefin und einer Regierungschefin-Stellvertreterin, sind wir auf einem sehr guten Weg. Es ist noch nicht alles erreicht, aber es liegt an uns, gewisse Strukturen zu ändern und unsere Kinder dahingehend zu erziehen, dass allein die Kompetenz zählt und nicht das Geschlecht.

Mobilität mit Zukunft VCL

Tempo 30 in Eschen – Sicherheit ja, Demokratie auch

Die Gemeinde Eschen hat sauber gearbeitet. Man hat die Leute informiert, Unterlagen offengelegt, Karten und Zahlen auf den Tisch gelegt. Das ist anständig, das ist fair. In einer Zeit, wo Politik oft hinter verschlossenen Türen läuft, kann man das loben.

Text: Simon Schächle



Tempo 30 rettet Leben

Copyright «Atelier Müller Lütolf»

Aber gerade weil alles offenliegt, darf man auch nüchtern fragen: Reicht das, was vorliegt, wirklich für einen so tiefen Eingriff? Der Hauptgrund für Tempo 30 ist die Unfallverhütung. Doch die nackten Zahlen sagen etwas anderes: In Eschen gibt es wenige Unfälle. Von einer gefährlichen Lage kann man nicht sprechen. Auch die vielen Messungen, die vorgestellt wurden, zeigen keine dramatischen Ausreisser.

Natürlich – jeder Unfall ist einer zu viel. Das weiss jeder Familienvater, jede Mutter, jeder, der Kinder zur Schule gehen lässt. Aber deshalb gleich ganze Quartiere bremsen? Ohne klare Beweise, dass es hilft? Das ist schwer zu rechtfertigen. Politik darf nicht von guten Absichten allein leben. Sie braucht harte Fakten.

Und dann ist da die Rechnung. Schon die erste Stufe von Tempo 30 wird rund CHF 400'000 kosten – Schilder, Umbauten, Kontrollen. Und dabei bleibt es nicht: Die Gemeinde hat bereits weitere Gebiete in Eschen und Nendeln als nächste Schritte im Blick. Das ist viel Geld für eine kleine Gemeinde. Geld, das uns bei echten Gefahrenstellen mehr bringen würde: sichere Übergänge, bessere Beleuchtung, bauliche Massnahmen an Schulwegen. Jeder Franken muss dort eingesetzt werden, wo er den grössten Nutzen bringt.

Hinzu kommt: Die Verantwortlichen versprechen eine «Erfolgskontrolle». Aber diese Kontrolle findet erst nach der Einführung statt – also dann, wenn das Geld längst ausgegeben ist. Das ist wie ein Experiment auf Kosten aller.

Ein Blick nach Schaan zeigt, wohin Übertreibung führt: 2021 sagten zwei Drittel der Bürger Nein zu Tempo 30 im ganzen Dorf. Nicht aus Leichtsinn, sondern weil die Leute das Missverhältnis von Kosten und Nutzen erkannten.

Eschen ist Eschen, nicht Schaan. Und ich sage das auch als Mitglied des Gemeinderats: Ich schätze meine Kolleginnen und Kollegen sehr und weiss, wie sorgfältig sie arbeiten. Aber am Ende reicht eine Umfrage, bei der nur ein Teil der Leute mitgemacht hat, nicht aus. Wenn man alle betreffen will, muss man auch alle entscheiden lassen. Darum braucht es eine Abstimmung.

Ein Referendum ist kein Angriff auf den Gemeinderat. Es ist das Recht der Leute, mitzureden, wenn es um ihr eigenes Dorf geht. Es zwingt uns Politiker, die Argumente klar auf den Tisch zu legen – und den Bürgern die Wahl zu lassen.

Sicherheit ist wichtig. Aber sie entsteht nicht durch schöne Schlagworte, sondern durch Augenmass und Vernunft. Die Frage ist einfach: Wollen wir Tempo 30 flächig einführen, obwohl die Unfalllage das nicht verlangt? Oder setzen wir das Geld dort ein, wo es wirklich schützt?

Autonummern – Symbol für den Ausverkauf unserer Heimat?

Mit der digitalen Versteigerung von Autonummern durch die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) geht Liechtenstein einen bedenklichen Weg. Was als moderne Lösung verkauft wird, ist bei genauerem Hinsehen nichts anderes als die Kommerzialisierung eines staatlichen Symbols – eines öffentlichen Guts, das eigentlich allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermassen zustehen sollte.

Text: Martin Seger

Diese Nummern sind keine Luxusartikel, sondern amtliche Kennzeichen. Und doch werden sie heute wie Trophäen gehandelt. Dass nun die attraktivsten Kombinationen an die Meistbietenden versteigert werden, ist ein fatales Signal: Wer zahlt, bekommt – der Rest schaut zu. Das ist nicht Fortschritt, sondern ein Armutszeugnis für das Verständnis von Gleichheit und öffentlicher Verantwortung.

Regierungsrat Daniel Oehry stellte im August die elektronische Versteigerungsplattform offiziell vor und lieferte dabei unfreiwillig einen bemerkenswerten Einblick in die Denkweise der Regierung.

> EIN RICHTIGER LIECHTENSTEINER ODER EINE RICHTIGE LIECHTENSTEINERIN BRAUCHT EINE VIERSTELLIGE ODER MÖGLICHST TIEFE AUTONUMMER. ODER ZUMINDEST GLAUBEN DIES EINIGE.
>
> Zitat Regierungsrat Daniel Oehry

DOCH WAS GENAU WILL UNS DER REGIERUNGSRAT DAMIT MITTEILEN?

Soll hier ernsthaft suggeriert werden, dass echte Liechtensteiner ihren Patriotismus anhand der Tiefe ihrer Autonummer ausdrücken, oder dass viele zumindest so oberflächlich denken? Diese Aussage lässt tief blicken: Sie macht deutlich, wie bereitwillig sich Politik von Prestige und Oberflächlichkeit leiten lässt. Anstatt solchen Tendenzen entgegenzuwirken, institutionalisiert man sie jetzt auch noch.

Und vor allem: Wer profitiert von diesem neuen System? Es sind häufig ohnehin bereits privilegierte Kreise, nicht selten pauschalbesteuerte Personen, die in Liechtenstein kaum verwurzelt, aber finanziell bestens aufgestellt sind. Für sie sind 10’000 oder 20’000 Franken für eine Autonummer ein reines Prestigespiel. Für viele Einheimische hingegen – insbesondere jene, die mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen oder auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, ist das komplett ausser Reichweite. Sie zahlen Steuern, leben hier, engagieren sich für die Gemeinschaft, doch bei der Vergabe solcher staatlicher

Symbole werden sie systematisch ausgeschlossen.

Tausende Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner beziehen Unterstützungsleistungen. Und dennoch macht die Regierung die Vergabe dieser Kennzeichen zu einer Frage der Geldbörse. Wer also genug zahlt, darf sich mit einem Stück vermeintlicher Heimatidentität schmücken – wer nicht, bleibt aussen vor.

Ist das die Politik der FBP, die grossspurig angekündigt hat, das Ohr näher beim Bürger zu haben? Tatsächlich scheint sich das Ohr vor allem in Richtung derer zu neigen, deren Stimmen durch Geld besonders laut sind. Die einfache Bevölkerung wird dabei überhört oder schlimmer: ignoriert.

Diese Praxis ist nicht nur sozial ungerecht, sondern ein direkter Angriff auf das Prinzip der Gleichbehandlung. Die MFK wird zum Instrument eines Systems, das staatliche Zeichen versteigert wie Luxusobjekte unter dem Beifall eines Regierungsrates, der «echte Liechtensteiner» offenbar an ihrer Autonummer erkennt.

Dabei wäre eine faire, transparente Lösung einfach: Warum nicht eine Verlosung unter allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern? Gleiches Recht für alle, nicht nur für die mit dem dicken Portemonnaie. So könnten wir verhindern, dass staatliche Symbole zu Spielzeugen der Elite verkommen.

Wenn selbst Autonummern zum Prestigesymbol für die Vermögenden werden, zeigt das unübersehbar, wie weit sich unsere Politik vom Gedanken des Gemeinwohls entfernt hat. Das ist kein Fortschritt, das ist ein stiller, aber symbolischer Ausverkauf unserer Heimat.

Die Autonummern gehören dem Volk, nicht dem Meistbietenden. Und ganz sicher nicht den Lautesten mit der dicksten Brieftasche!

Gesetzesänderung zum Jugendschutz – Verbot allein reicht nicht

Text: Achim Vogt

Die geplante Änderung des Kinder- und Jugendgesetzes in Liechtenstein, die den Verkauf von Tabakprodukten und E-Zigaretten an Minderjährige untersagt, ist überfällig. Doch so wichtig dieses Verbot auch ist – es setzt an der Oberfläche an, nicht bei den Wurzeln.

Während politische Debatten um Verkaufsverbote kreisen, sehe ich ein tieferliegendes Problem. Jugendliche verbringen zu viel Zeit vor Bildschirmen, bewegen sich zu wenig und verlieren zunehmend den Bezug zur analogen Welt. Genau hier müsste Jugendschutz ansetzen – mit präventiven Massnahmen, die beispielsweise Lebensfreude, Bewegung und Gemeinschaft fördern.

ISLAND ALS VORBILD: ERFOLGREICH DURCH PRÄVENTION

Island zeigt, was möglich ist. Innerhalb weniger Jahre gelang es dem Land, den Drogen- und Alkoholkonsum unter Jugendlichen massiv zu senken – nicht durch schärfere Gesetze, sondern durch ein durchdachtes Präventionskonzept.

So setzt Island auf die enge Einbindung der Eltern. Ihre Präsenz im Alltag der Kinder wird als wichtig erachtet. Schulen fördern gezielt körperliche Bewegung, während der Staat massiv in Sport- und Kulturangebote investiert.

Warum nicht auch in Liechtenstein einen ähnlichen Weg einschlagen? Anstatt uns auf Verbote zu beschränken, könnten wir den Fokus auf präventive Strukturen dieser Art legen.

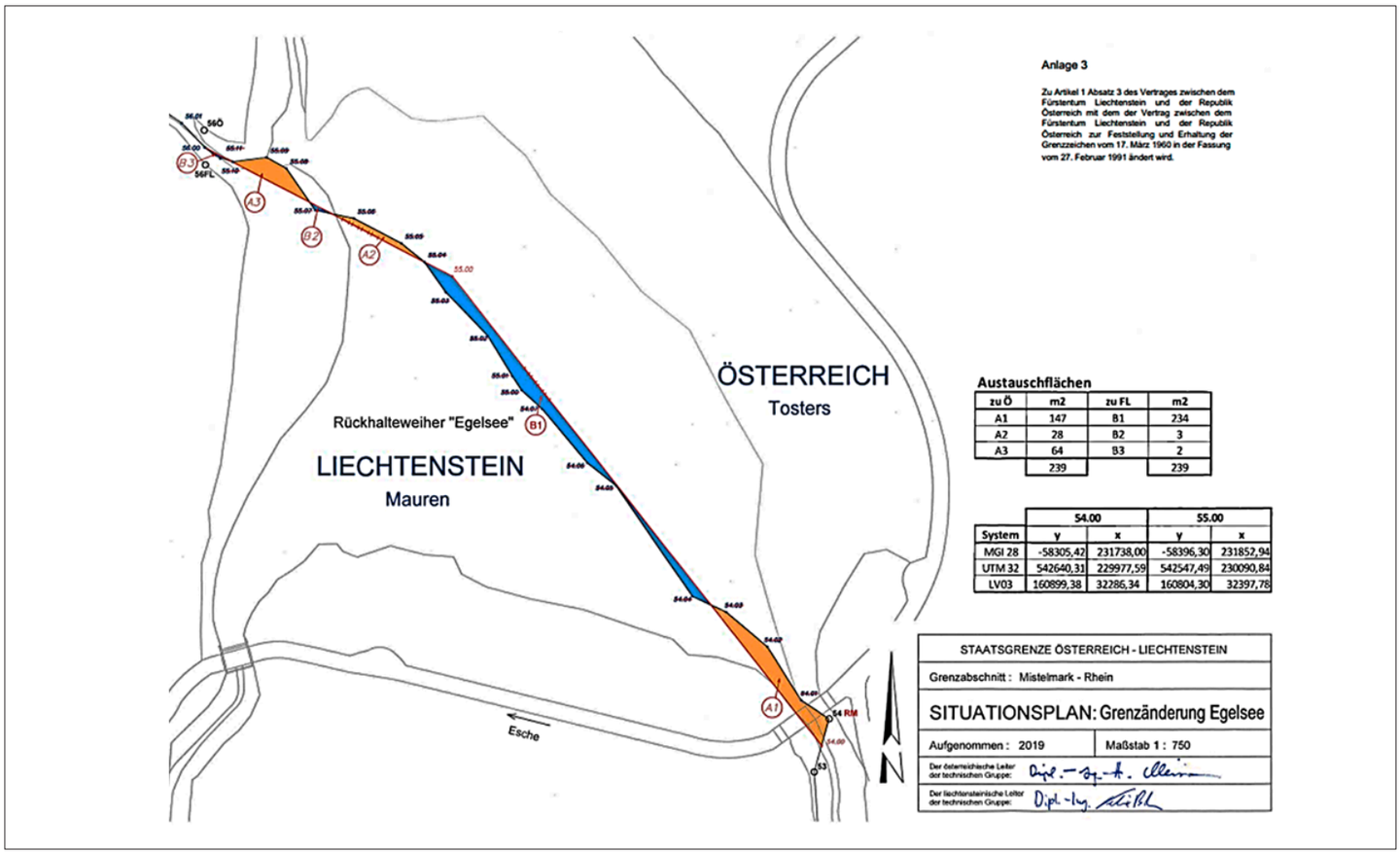
EIN ZUKUNFTSORT FÜR DIE JUGEND IN LIECHTENSTEIN

Ein solches Angebot könnte Realität werden: Das «schubladisierte» Projekt «Sport- und Kongresszentrum Malbun» – gedacht als «Olympisches Nachwuchssportzentrum» – könnte als Basis für diesen Ansatz herbeigezogen werden.

Ein solcher Ort für Leistungs- und Breitensport, kombiniert mit kultureller Nutzung und Seminarräumen, kann hier der Jugend mehr bieten als «nur» ein Trainingszentrum. So könnte es ein Ort werden, an dem junge Menschen ganzheitlich wachsen und Gemeinschaft erleben. Einmal mehr würde der Sport mehr als nur körperliche Betätigung bewirken.

Aufgrund all dieser Erkenntnisse wäre es zum Wohl der jungen Menschen, einen solchen Ansatz weiter zu verfolgen. Schliesslich hat unsere Jugend mehr verdient, als stetig mehr Verbote.

Debatten im September Landtag



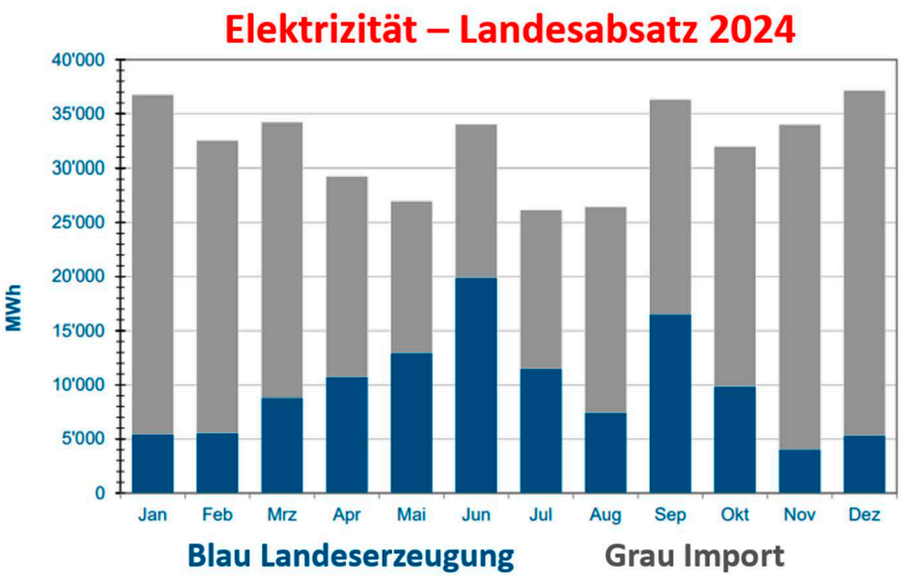
LANDTAG ÜBERGIBT ÖSTERREICH LAND UND ERHÄLT DAFÜR EINEN WEIHER.

Der Grenzverlauf beim Egelsee wird durch einen flächengleichen Bodenabtausch begradigt. Ein einziger Abgeordneter zeigte sich mit seinem Votum etwas erstaunt, dass Liechtenstein vor allem Flächen im Egelsee erhält und Österreich im Gegenzug einen Landstreifen nordwestlich und südöstlich des Egelsees.

Text: Herbert Elkuch

Angesichts der Grössenverhältnisse beider Staaten wäre ein umgekehrter Tausch auch in Ordnung gewesen, bemerkte der Abgeordnete diplomatisch. Mich erstaunt, dass nicht mehr Abgeordnete aufgrund der Bodenknappheit sich für Boden statt Wasser eingesetzt haben. Nicht zugestimmt hat dem Deal zu Gunsten Österreichs der DpL Abgeordnete Erich Hasler.

Im Bericht und Antrag der Regierung ist kein Situationsplan eingearbeitet. Der nachstehende Situationsplan stammt aus den Abstimmungsunterlagen des Vorarlberger Landtages. Die blaue Fläche erhielt Liechtenstein, die braune Fläche erhielt Österreich.



Quelle: Elektrizität - Landesabsatz 2024

www.lkw.li

ZUVIEL PV ANLAGEN? NEIN, AUCH IM SOMMER NICHT.

Beim Traktandum «Motion zum sinnvollen Umgang mit Klimageräten» ging es um die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens für fest installierte Klimageräte. Das wäre natürlich auch in meinem Sinne: Bürokratieabbau soll überall dort ansetzen, wo es Sinn macht.

Text: Herbert Elkuch

Aber diese Motion hatte einen Haken. Sowohl in der Motion der FBP selbst wie auch im Landtag wurde durch mehrere Abgeordnete eine überschüssige Energie im Sommer aus subventionierten PV-Anlagen angesprochen. Mit Klimageräten könne die Überproduktion abgebaut werden.

Die Grafik im Energiedatenbericht 2024 der LKW zeigt jedoch ein anderes Bild. Die grauen Balken zeigen den Import aus dem Ausland. Auch im Sommer muss sehr viel Strom importiert werden.

Aus meiner Sicht müsste über Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden, wie Strom-Überschüsse aus PV-Anlagen für die folgende Nacht gespeichert werden könnten. So könnte der teure Stromimport gesenkt werden. Stattdessen wird debattiert, wie Strom vernichtet werden kann. Es ist kein gutes Aussenbild. Die Bevölkerung wird angehalten, PV-Anlagen zu kaufen und der Landtag debattiert über zu viel PV-Strom. Die Mehrheit der DpL-Abgeordneten lehnte die Motion der FBP, die im Übrigen auch keine klaren Vorgaben enthielt, ab.

Kein Weiterkommen in Sachen Hochspannungsleitung

Der Landtag hat sich im Dezember 2024 nun bereits zum dritten Mal mit dem Enteignungsverfahren betreffend der Grundstücke in Balzers befasst, über welche die bestehende Hochspannungsleitung verläuft.

Text: Thomas Rehak

Trotz intensiver Debatte ist erneut keine Entscheidung gefallen. Stattdessen wurde beschlossen, das Verfahren bis Dezember 2025 zu unterbrechen. Gleichzeitig erhielt die Regierung den Auftrag, zusammen mit der Schweiz über eine mögliche Verlegung der Höchstspannungsleitung Balzers zu verhandeln. Begleitet werden soll dieser Prozess künftig von einer Delegation des Landtags, die die Gespräche überwachen und mitgestalten soll.

Bislang gab es allerdings erst ein einziges Treffen dieser Delegation mit der Regierung und den Vertretern der Gemeinde Balzers. In diesem Tempo wird kaum ein Fortschritt erzielt. Deshalb fordere ich, dass die Regierung – insbesondere Regierungsrat Büchel – unseren Vorschlag aufnimmt und die Leitungsführung erneut prüft, wobei auch das Ellhorn ernsthaft in die Überlegungen einzubeziehen ist.

Ich habe mich im Landtag klar gegen die beantragte Expropriation ausgesprochen – sowohl für die geplante überirdische Leitungsführung als auch für eine simple Erdverlegung. Wir brauchen Alternativen und dürfen uns nicht vorschnell festlegen. Eine Verlagerung des Konflikts auf die Gerichte lehne ich ebenfalls ab: Selbst ein gewonnener Prozess würde das Problem nicht lösen, weil die Leitungsführung damit noch immer ungeklärt bliebe.

Mir geht es um eine einvernehmliche Lösung mit Swissgrid. Dafür brauchen wir aber klare «rote Linien» in den Verhandlungen. Der Landtag muss diese definieren und gleichzeitig eine Kommission einsetzen, die die Regierung unterstützt und den Prozess eng begleitet. Nur wenn wir die Anliegen der betroffenen Gemeinden ernst nehmen und der Regierung einen offenen, aber verbindlichen Auftrag erteilen, können wir die beste Variante für Liechtenstein finden.

transparent • Impressum

Herausgeber/Verleger:
Demokraten pro Liechtenstein DpL
Redaktionsleiter: Dr. Erich Hasler
Auflage: 20.500 Ex.
Grafische Gestaltung/
Konzeption:
Zeit-Verlag Anstalt, Eschen FL
Druck:
Somedia Partner AG, Haag SG

dpl@dpl.li, www.dpl.li

Die Demokraten pro Liechtenstein freuen sich, Sie über aktuelle politische Themen informieren zu können.

Gerne nehmen wir Ihr Feedback und Ihre Inputs, Anregungen und Ideen zu diversen Themen entgegen.

Für jede finanzielle Unterstützung für unsere Arbeit sind wir dankbar.

IBAN: LI19 0880 0555 1777 6200 1

www.dpl.li